

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

175 (31.7.1919)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Posthalter monatlich 1.60 M., vierteljährlich 4.80 M., zugestellt durch unsere Träger monatlich 1.70 M., vierteljährlich 5.10 M.; durch die Post 1.74 M. bezug 5.22 M., vorauszahlbar. Anzeigen: Freitags, Sonn- und Feiertags: 1/2-1/2 und 2-3/4 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481

Sozialdemokratische Partei Baden.

Nach den Bestimmungen des Organisationsstatuts der Partei beruft der Landesvorstand den diesjährigen

Landesparteitag

auf Samstag, den 23., und Sonntag, den 24. August, nach Baden-Baden ein.

Die Verhandlungen beginnen Samstag vormittag 10 Uhr im Gartenhof des Kurhauses.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Bericht des Landesvorstandes, Kassenbericht, Jugend- und Bildungsarbeit, Parteipresse. Referenten: Genossen H. Geiß und Karl Dahn.
2. Änderung des Organisationsstatuts nach den Beschlüssen des Parteitages in Weimar.
3. Parlamentsberichte:
 - a) Bericht der Landtagsfraktion. Referent: Abg. A. Marum-Karlsruhe.
 - b) Bericht über die Tätigkeit der Fraktion in der Deutschen Nationalversammlung. Referent: Abg. Chr. Stodt-Heidelberg.
4. Gemeindepolitik. Referent: Stadtrat W. Engler-Freiburg.
5. Beratung etwaiger Anträge, die durch die Tagesordnung nicht erledigt wurden.
6. Wahl des Landesvorstandes.

Anschließend an den Parteitag findet im gleichen Lokal am Montag, den 25. August, vormittags 10 Uhr beginnend, eine

Frauenkonferenz

mit folgender Tagesordnung statt:

1. Agitation und Organisation. Referentin: Gen. Th. Blase-Mannheim.
 2. Frauenarbeit und Frauenschutz. Referentin: Genossin R. Fischer-Karlsruhe.
- Parteienoffen und -Genossinnen! Die Wahlen zum Landesparteitag sind nach den Bestimmungen des § 11 unseres Organisationsstatuts umgehend zu erledigen. Namen und genaue Adressen der Gewählten dem Landesvorstand sofort bekannt zu geben. Die Kosten für die Beratungen zum Parteitag und zur Frauenkonferenz haben die Mitgliedschaften zu tragen. Anträge, welche rechtzeitig bekannt gegeben werden sollen, müssen spätestens bis 12. August im Besitze des Landesvorstandes sein.
- Wegen der Beschaffung von Wohnungen wollen sich alle Teilnehmer an die Adresse des Lokalkomitees: Oskar Rapp, Bildauer, Baden-Baden, Gartenstraße 15, wenden.
- Mannheim, den 26. Juli 1919.
- Der Landesvorstand.

Aufhebung der Blockade gegen Rußland.

Bern, 30. Juli. Wie aus Paris gemeldet wird, hat der Rat der fünf beschloßen, die Blockade gegen Rußland aufzuheben, weil in Wirklichkeit kein Kriegszustand mit Rußland besteht. Die Blockade wird erloßt werden durch ein Embargo, das der britischen Marine das Recht gibt, alle nach Rußland fahrenden Schiffe anzuhalten und ihre Ladungen zu untersuchen, insbesondere in Bezug auf Waffen und Kriegsmaterial. Dagegen würde man die Einfuhr gewisser Lebensmittel erlauben. Zu gleicher Zeit sollen Maßnahmen getroffen werden, um die Einfuhr von Kriegsmaterial durch die Vermittlung Deutschlands zu verhindern. Es wird behauptet, daß die großen Mengen von Kriegsmaterial aus den Vorräten stammen, die Deutschland in Rußland zurückgelassen habe.

Die Bedingung wegen Ablieferung der Milchfäße.

Berlin, 30. Juli. Auf eine Anfrage im englischen Unterhaus über den Milchmangel in Deutschland, der durch die Ausführung der Bestimmungen des Friedensvertrages, wonach 150 000 Milchfäße abgeliefert werden sollen, sich noch verschlimmert, antwortete Bonar Law, daß diese Ablieferung nicht automatisch ausgeführt werde, sondern von den Beschlüssen des Wiederherstellungsausschusses abhängt, der die Bedingungen prüfen werde.

Die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich.

Berlin, 30. Juli. (Privatmeldung.) Gadas meldet nach der „D. Z.“ aus Genf, daß der französische Ministerat den allgemeinen Abtransport der deutschen Kriegsgefangenen auf die Wälder nach der Ratifizierung des Friedensvertrages im französischen Parlament festgesetzt habe. Die Ratifizierung soll am 15. August durchgeführt sein.

Der Wiederaufbau.

Berlin, 30. Juli. Heute Abend wird eine Kommission von Arbeitgebern und Arbeitnehmern nach Versailles fahren, um mit der französischen Unterkommission Einzelheiten wegen der Bestellung von Zivilarbeitern für den Wiederaufbau Nordfrankreichs zu vereinbaren.

Die Arbeiterdelegation besteht, was vom Reichswirtschaftsamt verlangt worden ist, aus sieben Vertretern der einzelnen Gewerkschaften.

Die amerikanischen Sozialisten für die Ratifizierung.

Genf, 30. Juli. Die Frage der Ratifizierung des Friedensvertrages und des Völkerbundes in Amerika wird jetzt dadurch weiter gefördert, daß die amerikanischen Sozialisten aus ihrer zweifelhaften Haltung herausgetreten sind. Sie haben sich nun entschieden, Wilson zu unterstützen und mit allen Mitteln für die Ratifizierung einzutreten. Entscheidend dafür ist die Stellungnahme, die die sozialistische Partei Amerikas

durch eine Instruktion des in Europa weilenden Professors Herron angenommen hat. Herron telegraphierte an den Parteivorstand nach Amerika folgende Instruktion, die im „Journal des Geneves“ veröffentlicht wird: „Ich bitte Sie allen zu Liebe diesen Einfluß auszuüben, damit die Ratifizierung gesichert wird. Niemand kennt die Unvollkommenheit des Vertrages besser als ich, niemand empfindet die Enttäuschung bitterer als ich. Aber die Schuld trifft die europäische Demokratie, nicht den Präsidenten Wilson. Er hat alles getan, was er tun konnte. Wenn der Vertrag abgelehnt wird, stürzt Europa ins Chaos.“

Französisch-amerikanischer Vertrag.

Washington, 29. Juli. Reuter. Mit allgemeiner Zustimmung wurde der französisch-amerikanische Vertrag im Senat in öffentlicher Sitzung vorgelegt. Der Text ist mit dem von Großbritannien und von Frankreich unterzeichneten fast identisch. Präsident Wilson erklärte in einer Rede, der französisch-amerikanische Vertrag sei als zeitweilige Ergänzung des Friedensvertrages gedacht. Er forderte daher auf, ihn gleichzeitig mit dem Vertrag mit Deutschland ratifizieren zu lassen.

Freistverlängerung für Oesterreich.

St. Germain, 31. Juli. Wiener Corr. Wien. Auf das Ersuchen des Staatskanzlers Renner, die zu erhaltende Antwort auf die Freistverlängerung der Entente erteilte Frist zu verlängern, wurde von der Konferenz ein Aufschub von sieben Tagen bewilligt. Die Frist läuft somit am 6. August 1 Uhr mittags ab.

Generalfreist in der Schweiz.

Aus Basel, 29. Juli, wird uns gemeldet: In der schweizerischen Textilindustrie ist ein folgenschwerer Konflikt zwischen den Fabrikanten und den Arbeitern ausgebrochen, der weitestgehend gelöst wird. Der Konflikt nahm seinen Ausgang in der großen Badener Seidenfabrik Glösel-Industrie u. Co., wo ein dort beschäftigter Meister als Vertrauensmann der Arbeiter gemahnt wurde und die Arbeiter sich weigerten, die Arbeit unter dem neueningestellten Meister fortzusetzen, worauf die Fabrikleitung die Fabrik schloß und über 200 Arbeiter auspremierte. Der Textilarbeiterverband hat in seiner am letzten Sonntag abgehaltenen erweiterten Plenarsitzung, an welcher auch Vertreter der Arbeitervereine von Basel und Zürich teilgenommen haben, beschloßen, daß er die Sache der streikenden Arbeiter in Basel zur Kenntnis mache und wenn der Schiedspruch zu ungunsten der Arbeiterchaft ausfallen sollte, dann würde der Generalfreist für die gesamte schweizerische Textilindustrie erklärt. Nunmehr tritt am Mittwoch, 30. Juli, der Generalfreist für die gesamte schweizerische Textilindustrie in Wirksamkeit und in Basel und Zürich wird der lokale Generalfreist folgen, jedoch in diesen beiden Städten der Verkehr vollständig ruhen wird, da sich die Arbeiter der staatlichen Betriebe dem Streik anschließen werden.

Eine Parallele zum Fall Mannheim.

In einem Aufsatz der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ über französische Revolutionen heißt es 1871 der einzige überaus lehrreiche Parallelen zum Fall Mannheim behandelt, wird zunächst mitgeteilt, daß Marschall MacMahon nach einer Verurteilung von einer Million seitens der Stadt Berlin befreit. Sodann wird festgestellt, daß sich ein Beweis für die französische Besatzung, die Bildung Mannheim sei die Folge fauler menschlicher Vererbung nicht erbringen läßt, daß es sich vielmehr, selbst wenn Mannheim schuldlos das Opfer brutaler Ausschreitungen gewesen sein sollte, um einen gewöhnlichen Straßensandal handeln würde, für den die gesamte Bevölkerung Berlins in keiner Weise haftbar gemacht werden könne, da die Sauger Landkriegsordnung eine Dufte, wie sie von Frankreich verlangt wird, ausdrücklich nur dann zuläßt, wenn derartige Ausschreitungen Folge der Gesamthaltung der Bevölkerung sind. Es folgt eine eingehende Darstellung von zwei Fällen aus dem Jahre 1871, in denen die Schuldigen vom französischen Gericht unter Beifall des Publikums und der Presse freigesprochen wurden, und zwar nach der „Glocke der Erlaubnis“. Im Falle Berlin handelt es sich um einen Mordversuch, begangen an einem preussischen Feldwebel. Das Schöffengericht sprach damals Berlin frei, indem es sich der Auffassung des Verteidigers anschloß, der die Tat als einen Akt des blinden Patriotismus charakterisiert hatte. Ebenso wurde der Laskerer Tonelle von den Geschworenen freigesprochen, obwohl er den Soldaten Dennmüller auf offener Straße erschossen hat, weil er sich vorgenommen hatte, gerade an diesem Tage einen Preußen zu ermorden. Derselbe Verteidiger führte damals aus: „Niemand wird eine französische Jury die Ungeheuerlichkeit begangen, einen ehelichen Vorfahren für schuldig zu erklären, daß er die Liebe zum Vaterland zu lebhaft empfunden hat. Der Angeklagte hatte ganz recht zu sagen: Ich möchte einen Preußen töten! Wer von ihnen hätte dies nicht hundertmal gesagt.“ — Der „Daily Telegraph“ nannte dieses Urteil ein so barbarisches Justizverbrechen, daß falls es nicht von der französischen öffentlichen Meinung desanuiert werde die Zukunft Frankreichs in der Tat traurig aussehend müße und „Daily News“ erklärten es für die Pflicht der französischen Presse, die Entrüstung aller zivilisierten Nationen auszubringen. Die französische Presse aber stimmte in den Jubel ein. Trotzdem aber beschränkte sich Fürst Bismarck in seinem Briefe an den Grafen Arnim, in dem er den Gefangenen aufforderte, die Angelegenheit mit dem Minister von Remusat zu besprechen, auf die Gefahr hinzuweisen, die derartige Fälle nach sich ziehen könnten, wenn die Verletzung öffentlicher Gefühle Repressalien verlangte, weil die Gerechtigkeit nicht zu erlangen sei. Der Artikel schließt: Wir überlassen den Redaktionsräten in aller Welt, einen Vergleich anzustellen zwischen unserem Verhalten gegen Frankreich im Jahre 1871, als unser Stern im hellsten Glanze erstobte und dem Verhalten der Franzosen gegen uns jetzt, da ihnen, nachdem unser Stern verblüht ist, das Kriegsglück lächelt. Und wir dürfen ihrem Urteil getrost entzusehen!

Und wieder Judenhetze.

Leider ist durch den furchtbaren Krieg die Urteilskraft unserer Volksgenossen bedeutend getrübt worden, aber soviel klares Denken ist ihnen noch geblieben, daß sie wissen, wo die eigentlichen Schuldigen sitzen. Da ist es eine Spekulation auf die Dummheit und die niedrigsten Instinkte, wenn die Kriegsverbrechen der Aufmerksamkeit des Volkes von ihrer Schuld ablenken und nach Art der Tintenfische, die bei drohender Gefahr das Wasser mit ihrer schmutzigen Flüssigkeit erfüllen, um sich unsichtbar zu machen, durch die maßlose Judenhetze den klaren Tatbestand ihrer Schuld verdunkeln möchten. In der letzten Zeit wird ganz Deutschland mit Flugblättern überhäuft, in denen gegen Juden und Sozialisten in gleicher Weise gehetzt wird.

Ueber die bodenlose Dummheit dieser Schandurtheile wäre kaum etwas zu sagen. Die Gefahr liegt aber vor, daß durch die dauernde Wiederholung dieser heizerischen Mäherarbeiten auch weitere Kreise des Volkes von ihrer mahnenden Vergiftung erfaßt werden, daß ihr geheimes Urteil getrübt wird, um so mehr, als sie durch die materielle Notlage, unter der sie leiden, allzusehr geneigt sind, die Schuldigen dafür auch dort zu suchen, wo sie nicht vorhanden sind. Da gilt es festzustellen, daß die Politik des kaiserlichen Deutschlands vor dem Kriege und auch während desselben in keiner Weise von Juden beeinflusst worden ist. Wir haben uns bei Untersuchung der Schuldfrage, wie jeder objektive Richter, nicht von Gefühlsmomenten leiten zu lassen, sondern lebhaft die nackten Tatsachen zu beobachten und diese sprechen doch eine allzu deutliche Sprache. Die Gesellschaft, die Deutschland in den Krieg geführt hat, ist eben das kapitalistische, ultramontane und agrarische Bürgertum und Junkertum, das heute gar zu gerne die Schuld den Juden zuschieben möchte.

Bei dieser systematischen Hetze muß man in wahrhaft teuflischer Weise bestimmte Gefühlsmomente im Volke aus, die sich naturgemäß gegen die Juden richten. Ein objektiver Beurteiler der Volkshetze wird keinen Augenblick im Zweifel darüber sein, daß auch in bestimmten Arbeiterkreisen eine Antipathie gegen die Juden herrscht. Das entspricht verchiedenerlei Ursachen: Wenn früher ein christlicher Arbeiter oder Bankrottler geistig wurde, der mit solcher Brutalität Tausende von kleinen Existenzen vernichtet hatte, dann fiel es keinem Menschen ein, nur dem Christentum einen Strich daraus zu streichen. Soß oder ein Jude auf der Antiquarhand, so lebte im gleichen Moment die Hetze ein, mit der Begründung, daß das gesamte Judentum auf der gleichen Stufe stände.

Aber der unbefangene Geschichtsschreiber muß, will er die Ursachen zu dieser Abneigung gegen die Juden restlos erforchen, auch den dazu berechtigten Motiven nachspüren versuchen. Da muß also zugegeben werden, daß gewisse Teile der jüdischen Bevölkerung eine Charakterbildung zeigten, die den Arier mehr oder weniger abschloß. Die hier ins Auge gefassten Juden sind vorlaut, verheßen es recht gut, mit Hilfe ihrer Elfenbein sich Platz zu machen, sind oft von einer unangenehmen Unterwürfigkeit und über materiellen Sonderbestrebungen verquiden sich allzu oft mit dem Allgemeininteresse. Der gerechte Beurteiler wird sich jedoch hier fragen müssen, wie es kommt, daß eine sonst tüchtige Rasse derartige unvollständige Charaktereigenschaften aufweist. Die Lösung ist einfach und entspricht vollkommen unserer marxistischen Denkweise: die Juden sind genau wie alle anderen Völker hinsichtlich ihrer Charakterveranlagung bestimmend beeinflusst durch die Verhältnisse, in denen sie seit Jahrhunderten gelebt haben. Es gibt kein Volk der Erde, das eine gleich düstere Entwicklung durchgemacht hat. In allen Staaten gehören sie zu den Ausgezeichneten. Jedes ehrliche Handwerk war ihnen verboten, jede Aussicht auf eine gleichberechtigte, gesellschaftliche Stellung war ihnen durch die Verheißung verwehrt. Die niedrigen und als kampflos betrachteten Gewerbe überließ man ihnen, in den kümmerlichsten Gassen der Städte mieteten sie sich ankommen und die Weisheit der arbeitsamen Getreidekäufer schenkte sich immer drohend über ihren Mäcken. Die Gefühle der Trübsal und Mitleid, für die sich damals kein christlicher Christenmensch finden konnte, waren das Betätigungsfeld, auf das man die von der Gesellschaft ausgeschlossenen verwies. Und so findet man heute noch in Deutschland wie in anderen Ländern, daß dieses die eigentliche Domäne des Judentums ist, von der aus sie sich hochgearbeitet haben. Vom Keinen Arbeiter bis zu Rothschild ist ein furchtbar schwerer Weg, den die jüdische Rasse gehen mußte.

Zusammengedrängt in den Schattendunkeln der Existenz, ausgegliedert von den bürgerlichen Rechten, aber begabt mit einer dieser Rasse eigenen Intelligenz, so ist das Judentum entstanden, dessen Formen uns heute hier und da abstoßen. Ist es ein Wunder, daß diese Menschen sich zumutungslos im Kampfe um ihre Existenz, daß sie zunächst in der Ueberverteilung ihrer christlichen Unterdrücker einen Akt der ausgleichenden Gerechtigkeit sahen? So stehen wir heute erschüttert vor der unumkehrbaren Tatsache, daß alles das, was wir den Juden an unnormalen Eigenschaften vorwerfen, zu einem sehr großen Teil auf das Konto der Unterdrückung kommt. Die Unterdrücker aber, das sind jene Kreise, die in Ausnahmefällen gegen das Judentum nie genug leisten wurden, die heute am liebsten das Volk zu Judenpogromen aufhetzen, aus denen diese den Juden anbotenden Heiler her-

ausgewachsen sind, so müssen wir sie bei denjenigen Leuten suchen, die heute am liebsten das Volk zu Judenprogrammen aufpeitschen...

Aber diese furchtbare Qual, die das Judentum in allen Ländern durchzumachen hatte, zeitigte nicht allein degenerierende, sondern auch außerordentlich moralische Wirkungen. Sie lernten die Unterdrückung hassen, und ein Teil von ihnen stellte seine ganze Intelligenz in den Dienst des Kampfes gegen das Unrecht...

So haben wir klar und vorurteilslos die Nähe unserer jüdischen Volksgenossen aufzufassen: ein großes Versehen da, wo ihre Eigenart sich uns unheimlich aufdrängt...

Suchen wir stark und frei zu werden! Suchen wir uns endgültig loszumachen von jener kühnwilligen Gesellschaft, die heute aus dem Hinterhalt ihre Pfeile abschießt gegen das Judentum...

Programmschwärmer wollen sie erzeugen, jene Schuldbeladenen, die 1914 die Massenmordtunnen erzeugten. Nach schrittlicher Vergewaltigung des Volk, und auf diesem Giftboden...

Das schlafende Heer.

Roman von Clara Viebig.

Der junge Mensch mit dem intelligenten Gesicht lächelte siegesgewiß. „Was ich jetzt noch nicht kann, wer ich schon lernen nach und nach. Was meinst du, bin ich der erste, der zieht nach Berlin? Der Kapitän Cohen, mit dem ich hab' auf der Schiffsbank gefessen, und mit dem ich hab' Maffes getriezt...

nicht halt machte bei den jüdischen Wucherern und Gurgelabschnidern, sondern daß man sich der weitaus schmerzlichen Elemente erinnerte, jener Blutmenichen nämlich, die uns erst in diese furchtbare Lage gebracht haben...

Der kranke Volkskörper wird gesund werden; die Fieberanfalle, die hier und da noch die hungernden Körper schütteln, werden schwinden und das deutsche Volk wird sich, wenn auch in idiosyncratischer Arbeit, ein Heim zimmern...

Bergarbeiterlöhne und Kohlenpreise.

Die ständige Steigerung der Kohlenpreise, die bereits eine gigantische Höhe erreicht haben, und die Gestaltung der Produktionskosten in allen Wirtschaftszweigen auf das ungünstigste beeinflussen, wird vorwiegend auf die verminderte Arbeitseistung und mit der Höhe der Löhne bearbeitet...

In den Staatsbetrieben des Saarreviers betrug der Gesamtlohn eines Arbeiters 806 M gegen 786 M im ersten Vierteljahr 1918, im Lagerrevier 851 M (779 M) im linken Rheinrevier 1106 M (910 M) im Braunkohlenrevier linksrheinisch 970 M (874 M) im Oberbergamtsbezirk Halle 789 M (656 M)...

Diese Uebersicht ergibt, daß die Löhne durchaus nicht so gestiegen sind, wie immer glaubhaft zu machen versucht wird. Sie sind in einzelnen Bezirken sogar zurückgegangen. Es müssen also doch, wenn nicht die Leistung ganz erheblich gesunken sein sollte, was aber wiederum nach glaubwürdigen Berichten nicht etwa ausschließlich auf Arbeitsmangel, sondern auf die Vernachlässigung der Gruben während der Kriegszeit und auf Mangel der Ernährung zurückzuführen ist...

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 29. Juli. Um 1/2 12 Uhr nachmittags wird die Sitzung wieder eröffnet. Präsident Feh, nach dem er einen Antrag Agnes und Gen. eingegangen ist, den kommandierenden General des 3. A. K. (Münster) anzurufen, die seit sechs Tagen im Hungerstreik befindlichen politischen Schutzgefangenen aus der Haft zu entlassen...

alsbald zu beraten. Das Haus stimmt dem zu. — Abg. Braß (H.S.) begründet den Antrag.

Reichswehrminister Koste: Niemand bebauert mehr als ich, daß wir genötigt waren, von der Schutzhaft Gebrauch zu machen. Ich bin feinerzeit von den Rednern aller Parteien, mit Ausnahme der Unabhängigen Sozialdemokraten, aufgefordert worden, gegen die Anzahl bewegener Menschen, die im Industriegebiet die Bevölkerung terrorisieren, energisch vorzugehen...

Abg. Braß (unter lauten Schlußrufen aus dem Hause): Die vom Reichswehrminister zugelegte Nachprüfung dauert jetzt schon Wochen und Monate. Das ist es, was Gegenmaßnahmen der Arbeiterschaft provozieren muß.

Reichswehrminister Koste: Ich habe nicht einen Augenblick geglaubt, daß der Antrag vom A. Braß für agrarische Zwecke benutzt wird. (Stürmischer Widerspruch, lärmende Zurufe bei den Unabhängigen, ungeheurer Lärm.) Sie, die Sie sich jetzt erregen, haben keine Spur von Erregung an den Tag gelegt, als Ihre Freunde mit Handgranaten und Pistolen auf die Menge losgingen und als vorige Woche der Berliner Krankenbauern das elektrische Licht abgeblinnd wurde. (Erneuter Lärm, Zurufe: „Gemeinheit“, „Schuft“.)

Der Antrag Braß wird abgelehnt und zwar gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen.

Darauf beginnt die dritte Lesung der Verfassungsvorlage.

Reichsminister Dr. Brüß: Unmittelbar nach der Novemberrevolution wurden Stimmen der Hoffnung und der Zukunft laut. Die Nationalversammlung ist zustande gekommen. Sie hat die Verfassung aufgestellt und ist im Begriff, sie zu verabschieden. Nach einem solchen Krieg, nach solch ungeheuren Tötungen und Enttäuschungen sind Störungen nicht zu vermeiden. Trotzdem ich niemals Sozialist gewesen bin, nicht einmal Novembersozialist, halte ich es für recht, anzuerkennen, mit welcher Mäßigung und Selbstbeherrschung die Sozialdemokratie die Grundlagen der Demokratie nicht nur anerkannt, sondern zur Ehre gebracht und sich damit ein Verdienst um Deutschland erworben hat...

Wir haben mit tiefstem Schmerz empfunden, wie die Leistungen des Volkes und die hervorragenden Leistungen des Heeres vergeblich aufgegeben wurden, weil die Politik das Nötige nicht geleistet hat. Bei Schaffung der Verfassung stand in jedem Stadium des Werkes die Nation über allem. Wir zollen die nationale Einheit und kräftigen sie. Wir haben die begründete Hoffnung, daß die nationale Einheit im Rahmen dieser Verfassung nicht nur gewahrt, sondern gefestigt wird. (Sehr richtig!) Die Einheit ist so fest begründet, daß, wenn jemals die Republik der Monarchie weichen müßte, sie nur noch der Einheitsmonarchie zu weichen hätte. Das ist auch für die Kreise zu beachten, die sich immer noch partikularistischen Forderungen hingeben. Die Wiederherstellung der kleinen Staaten liegt außerhalb des Bereiches der Möglichkeit. Die Republik wird existieren in dem Maße der Festigkeit und Sicherheit wie die nationale Einheit gefestigt und gesichert ist. Ueber der Republik steht die nationale Einheit. Wenn jetzt die Verfassung in dieser Form beschlossen ist, fängt die eigentliche Verfassungseinheit erst an. Die Arbeit an der Organisation des Vaterlandes. Darauf kommt es an, ob die Bestimmungen in ihrem Geiste gehandhabt werden.

Abg. Kagenstein (Soz.): Wenn ein Volk unter so ungünstigen Umständen an den Neuaufbau seiner Verfassung gehen kann, so ist das ein Beweis starker Lebenskraft. Das Werk ist nur der ernstlichen Zusammenarbeit aller Parteien zu danken. Sein Ziel ist, den Boden für die glückliche Entwicklung zu schaffen, ohne deshalb die geistigen Kräfte auszuschalten. Die Klassenbewußte Arbeiterchaft hat ihrerseits ein entscheidendes Wort mitzusprechen. Es sind Vorlesungen getroffen nach dem Gesichtspunkte der Weisheitsbereitschaft, ohne zur Vergeßlichkeit der Widerheiten zu fördern. Die Sozialdemokratie ist von Anfang an für die Reichseinheit von

ihn hinstrecken, wo er nichts zu suchen hat? Dämliches Luder!

Es war jemand getroffen! Da — ja da! Aus seiner Erklärung auffarend, fürchte der Schiffe hinter die Dichtung. Da lag eine Gestalt. „Ge, Giotto! Auf! Wia lew!“ Frelkowsk! zerete an der Legeuden.

„Ist sie getroffen? Um Gottes willen!“ „Der Herr Baron brauchen sich nicht zu ängstigen, das hat gar nichts zu jagen! Sämeist Guad nicht hial Wollt Ihr wolt? Ge, Giotto!“

„Ist sie getroffen — habe ich sie getroffen?“ „Dolechal war totschaf geworden, auf dem durchschwerdet Rod des Weibes sah er Blut.“

Beim Klang dieser zitternden Stimme erhob die Betroffene ein lautes Ramento. Eben hatte der Förster sie auf die Frühe gebracht, mit einem gewaltigen Plumpst ließ sie sich nun wieder niederfallen: nein, sie konnte nicht gehen, sie war tot, manjotol! Durchbar stieg ihr Geulen in die dämmernde Winterluft.

Der Förster fluchte. Dolechal war zur Giotto hingekniel — wo, wo war sie denn getroffen? Gevärh! Geim bebenden Finger bestühlte die zerlumpten Hüde, ein Grausen schüttelte ihn: Blut! Reichlicher begannen die Tropfen zu sickern, er hatte das flebrige Hof an den Händen. „Um Himmels willen, rath zu dem Doktor! Schiden Sie nach Walek! Zu Doktor Wolinski, knell!“

„Ach, Herr Baron — Frelkowsk! Bleib ganz ruhig — das ist ja alles nur Anstellers! Willst du jetzt wohl gleich still sein, alte Welt?“ Er kramte sie gewaltig an. „Diebesgefinde! Dem gnädigen Herrn die Geien stehlen, hinter nem angehoffenen dreinlaufen, dem eins ins Gesicht geben und ihn dann unter den Rod verdecken, das ist so die Monier! Das kommt jetzt davon — jetzt ihr wolt?“ Er wendete sich drohend zu den Treibern, deren einige herbeigelaufen waren und mit aufgereizten Augen glockten. „Doch ihr euch nicht unterrecht, auch nur einen einzigen Geien zu markieren! Nicht ein Köffel kommt mir fort, hört ihr? Diebesbande, ihr!“ Und dann fuhr er die Verwundete an: „Galt's Maul jetzt! Der gnädige Herr Baron wird dir ein Trimpfeld geben.“

(Fortsetzung folgt.)

Nemes Geheir, ohrenbekäubendes Klätschen. Klappern, Knarren, Knackern, Krachen, reißchen, Lutten, Pfeifen, Trommeln, Dodegeschlagen. Während hellen die Apporteure, hinter der Schützenlinie von den Jagdgehirken am Strick gehalten. Schauern vorm Maul, die Leber lang gezerrt, rieren sie nach etwaigen Durchschremern. Ein „Apport“, ein Loslösen vom Strick und — schnapp — mit gebrochenem Gesicht liegt das angeschlossene und doch noch flüchtige Gäschen in der Aderfurche.

Auch hinter den Treibern in den Kuffeln am Waldbrand haben sich noch einige Schützen aufgestellt. Di macht das gehegte Wild in der Todesangst Meht und leicht auszubrechen; zwischen den Weinen der Treiber durch springt es verzweifelt zurück ins Verdeck des Büchswerts.

Hinter einer Kiefer, gut gewetzt, stand Dolechal. Es machte ihm mehr Spaß, auf einzelne Entkommene gut gezielte Schüsse abzugeben, als blöndlings hinein zu feuern in die ganze getriebene Herde. Er hatte Feindesrot geladen.

Ferner und ferner klang schon das Gecläre der Treiber, fast ruhig ward's im dämmernden Wald. Da — ein Schützen im Lürren Meißig!

Gewehr an die Wade, Finger an den Hahn — knall! Der Kommler knallt heftig in die Höhe und überhäht sich dabei. Aus — ein Kopfschuß.

Und da — dort in der Dichtung — noch ein zweites! Jetzt steht man ihn deutlicher: ein kranker W, er kramt sich schon stark, sein gerissener Lauf schleudert auf der Flucht hin und her. Auch der andere Lauf ist verlegt. Jetzt scheint der kranke Gele nur mehr über die Erde zu rutschen — jetzt verahmpdet er ganz — rath, auch ohne genauen Zielpunkt den erlösenden Schuß! Ein Wltz — ein Knall —

Ge, was ist das? Dolechal steht noch immer, das Gewehr an der Wade. Eine Weiberstimme ist laut geworden, gellend hat sie aufgeschrien. Nimm ist alles still.

Wer — wo — ist da jemand getroffen? Ein Treiber dieleucht! Ach was! Und doch — doch —

Vor Dolechals Augen stümmerte es. Er irnd wie angepurgelt. Da hörte er den Förster Frelkowsk! laut schelten. „Wia frew, kann sie den Hinterrücken nicht eingieken, muß sie

17. gang Deu... noch abieit... Abg. für sein... man lassen... fahner ein... fallen, un... jamen mo... talf der S... bestie, die... gen verei... durch den... Programm... sie werden... ist auch f... Parodie... haltung de... will. (Be... Abg. des Wille... Volles. W... wesen, ob f... ten. (Zef... Sied find... zusammenf... Die Jular... Verfassung... Der Verfa... Emvorsteig... Verfassung... Einmtern... mar und w... in der Ge... Weimarer... Im 9... 10 Uge. Präsid... wird fortg... Abg. A... Stellung ge... hi, wie di... der republ... erfüllen. Einatstom... Stellung d... mal nach d... dem föder... die Weltre... bei uns zu... schäffen. W... unsere Pa... finden wir... formativis... verfassung... Sinne mo... arbeiten. Abg. man eine... landes bra... geben, alle... muß die V... ten, sie m... von diesen... Boden der... terrächt, i... Seiden die... tarismus. des Parla... und Hefer... hat, keines... der vorlieg... ment und... herunterge... Abg. z... wimen, g... bis zum A... traktat be... Demokratie... abnehmend... für den Fre... kuperien... Verfassung... sassung un... dem Geba... Herrschaf... nünftig ge... bewahren... von links... Wehrheit... lediglich b... feiten ab... haatmämi... Rolles hab... Damit... In de... Eigan... ersten Sc... Das De... gewalt... Reichsarch... werden fin... ten und e... leht und... kommen, ... Ge Han... farden in... von der R... Säam bei... (Präfi... Meinungs... Eine... Art. 17, d... Gemeinbe... Dazu wird... recht für... jährigen R... kann. Ar... jeft. Ein A... ein Antro...

Abg. Braß
mehr als ich
zu machen
n, mit Aus
bert worden
sriegeszeit die
habe ange
st stattfinden
föhren wird
nden können
m Industrie
brecherischer
erben wir in
zu nehmen
(Daufer): Die
rt jetzt schon
men der An

Abg. Ewald (Ztr.) dankt dem Staatskommissar Dr. Freuß für seine hervorragende Mitwirkung beim Zustandekommen des Verfassungsvertrages. Ungetrennt geblieben ist das deutsche Volk. Gestanden sind auch in der Verfassung des Reiches die Prinzipien der Teilung der Gewalten, sowie der korporative Charakter des Reiches. Allerdings hat der Verlauf unserer Beratungen erkennen lassen, daß die Natur der Dinge, durch die tiefe Not unterstützt auf den Einheitsstaat zutreibt. Zum Schluß behandelt der Redner eingehend das Schulkompromiß und die Frage des Angehörten- und Arbeiterrechts. Die Religion ist das Zentrum des gesamten menschlichen Lebens. Religion gibt es aber nicht außerhalb der Kirche. Deshalb kann, solange die Kirchenpolitik fortbesteht, die Schule nicht für die verschiedenen Konfessionsangehörigen vereinfacht werden. Nach Verständigung der Verfassung durch den Reichspräsidenten werden die politischen Parteien ihre Programme auf ihre Verfassungsmäßigkeit prüfen müssen und sie werden aus der Verfassung neue Impulse entnehmen. Das gilt auch für die Zentrumspartei, die getreu ihren noch unter der Monarchie entworfenen Richtlinien weiterleben und auf die Gestaltung der Geschichte unseres Volkes entscheidenden Anteil nehmen will. (Leb. Bravo im Zentrum.)

Abg. Kaufmann (Dem.): Diese Verfassung ist der Ausdruck des Willens der Volkstretung, der geistigen Verfassung des Volkes. Die Schlußfrage in der Nationalversammlung ist gewesen, ob sie selbst in der Verfassung ist, die Verfassung abzuwickeln. (Leb. Bravo!) Diese Aufgabe ist gelöst worden. Nord und Süd sind durch diese Verfassung zusammengeschrieben, weil sie zusammenschließen wollen und müssen. (Leb. Beifall.) Die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parteien beim Verfassungswerk ist vorbildlich gewesen. Möge dies so bleiben. Der Verfassung liegt die Hoffnung zugrunde, daß durch sie ein Emporsteigen in das Volk freigelegt wird. Wir wollen die Verfassung mit dem Glauben an den Staat zum Abschluß bringen. Gedenken wir uns in diesem Augenblick des Landes gegen Weimar und gegen wir uns dadurch erkennen, daß diese Verfassung in der Geschichte Deutschlands und der Weltgeschichte den Namen „Weimarer Verfassung“ führen soll. (Leb. Beifall.)

Am 14 Uhr verlegt sich das Haus auf Mittwoch vormittag 10 Uhr.

Weimar, 30. Juli.

Präsident Heinenbach eröffnet die Sitzung um 10.10 Uhr. Die dritte Beratung des Verfassungsentwurfes wird fortgesetzt.

Abg. Düringer (N.-L.): Wir bleiben bei unserer abschließenden Stellung gegenüber der Verfassung, weil sie nicht konventionell genug ist, wir bleiben Anhänger der Monarchie, werden aber auch bei der republikanischen Staatsform unsere staatsbürgerliche Pflicht erfüllen. Wir achten den Willen der Mehrheit, die sich für diese Staatsform entschieden hat. Wir wünschen eine Stärkung der Stellung des Präsidenten. Das deutsche Volk wird sich noch einmal nach dem alten Obrigkeitsstaat zurückwenden. Wir halten an dem liberalen Charakter des Reiches fest. Die Politik, die auf die Weltrevolution lossteuert, ist eine Justizpolitik. Sie würde bei uns Zustände wie in der Scharrenszeit des Pfälzischen Krieges schaffen. Bedenke uns Gott vor der Weltrevolution. Die gegenwärtige Partei gerichtetem Vorwärt als Kriegsverlängerer empfinden wir partiell. (Lebhafter Zustimmung rechts) Wir sind konservativ im geübten allgemein menschlichen Sinn. Konservatismus und wahrer Fortschritt gehören zusammen. In diesem Sinne wollen wir am Wiedererwerb unseres Vaterlandes mitarbeiten. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Dr. Heine (D. V.): Nach drei Gesichtspunkten wird man eine Verfassung, die wir sie zum Aufbau unseres Vaterlandes brauchen, beurteilen müssen. Sie muß die Möglichkeit geben, alle lebendigen Kräfte des Staates heranzuziehen. Sie muß die Voraussetzungen für eine tüchtige, weitläufige Politik bieten, sie muß kurz und knapp und juristisch einwandfrei gefaßt sein. Von diesen Gesichtspunkten aus können wir uns nicht auf den Boden der neuen Verfassung stellen. Der Geist, der in ihr vorherrschend ist, der Geist der extremen Demokratie. Das markanteste Zeichen dieser neuen Verfassung aber ist ein extremer Parlamentarismus. Die Gegengewichte, die man gegen das Ueberwuchern des Parlamentarismus eingesetzt hat, Reichspräsident, Reichsrat und Referendum, genügen in der Form, wie man sie instruiert hat, keinesfalls. Nach alledem werden wir für den Entwurf in der vorliegenden Fassung nicht stimmen können. In diesem Moment und in dem Augenblick, wo man die schwarz-weiß-rote Fahne herunterholt, müssen wir bei einer demütigen Heier absichts stehen.

Abg. Dr. Gohn (U.S.): Die Räte müssen alle Aussicht erkennen; zuerst die Betriebsräte, auf denen sich die Gruppennräte zum Reichswohlfahrtsrat aufbauen. Der bolschewistische Zentralrat bestimmt dann das Leben und die gesamte Verwaltung. Der vorliegende Verfassungsentwurf wird zu einer Verlustliste der Demokratie und des Sozialismus. Daraus erklärt sich unsere ablehnende Haltung. Im Sozialismus ist die einzige Möglichkeit für den Fortschritt enthalten.

Reichskommissar Dr. Freuß: Die Opposition der Rechten und linken Anken ist aus darüber einig, daß der Zeitpunkt der Verfassung gewählt sein soll. Die Rechte steht an der alten Verfassung und Dr. Gohn erklärt die neue für verfaßt, vermutlich in dem Gedanken, daß wir warten sollen, bis seine Partei an die Herrschaft gekommen wäre. (Zuruf der U.S.): Das wäre verwerflich gewesen! Wenn die Verfassung jetzt verabschiedet wird, bewahren wir uns sowohl vor der Natur der rechts, als vor der von links. (Widerpruch bei den U.S. und rechts, Beifall bei der Mehrheit.) Die Frage, wie die Verfassung wirken wird, hängt lediglich von der Ausführung, also von den lebenden Persönlichkeiten ab. Im politischen Kampfe wird sich die Aufgabe für die zu haarsmännlicher Arbeit geeigneten Führer, die das Vertrauen des Volkes haben, vollziehen. Damit schließt die allgemeine Besprechung.

In der Einzelberatung werden hierauf Ueberschrift und Eingangsformel ohne Debatte angenommen. Art. 1 des ersten Hauptabschnittes, Aufgabe und Aufbau des Reiches, lautet: „Das Deutsche Reich ist eine Republik; die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Art. 3 handelt von den Reichsfarben. — Der Antrag Dr. Heine (D. V.): Die Reichsfarben sind schwarz-weiß-rot — wird gegen die Stimmen der Rechten und eines Teiles der Demokratie und des Zentrums abgelehnt und mit großer Mehrheit folgender Sachmann angenommen, die Reichsfarben sind schwarz-rot-gold, die Handelsflagge schwarz-weiß-rot mit den Reichsfarben im oberen inneren Feld. — Die Annahme des Antrages wird von der Rechten mit 18 für und 19 gegen angenommen. (Große Unruhe. Räum bei den Mehrheitsparteien.)

(Präsident Heinenbach rügt mit aller Entschiedenheit denartige Meinungsäußerungen und bezeichnet sie als große Ungehörlichkeit.) Eine Reihe weiterer Artikel wird unverändert angenommen. Art. 17, der die Verfassung der Länder betrifft, steht auch für die Gemeindefragen die Grundzüge der allgemeinen Wahlen vor. Dazu wird ein Antrag Trautmann angenommen, daß das Wahlrecht für die Gemeindefragen durch Staatsgesetz von einem einjährigen Aufenthalt in der Gemeinde abhängig gemacht werden kann. Art. 28 setzt die Wahlperiode des Reichstages auf 5 Jahre fest.

Ein Antrag Furr (Soz.) fordert die dreijährige Wahlperiode. Ein Antrag Grelens (Dem.) die vierjährige. Nach kurzer Debatte

wird die vierjährige Wahlperiode in Aufzählung mit 166 gegen 189 Stimmen angenommen.

Am 2 Uhr wird die Weiterberatung auf nachmittags 4 Uhr verlegt. **Änderungsantrag zur Präsidentenwahl.** Weimar, 30. Juli. Die sozialdemokratische Fraktion hat zur dritten Lesung der Verfassung einen Änderungsantrag eingebracht. Danach soll der Reichspräsident nicht von der gesamten Bevölkerung, sondern vom Reichstage und vom Reichsrat gewählt werden.

Einigung im Schulkompromiß. Weimar, 30. Juli. In den letzten Tagen fanden hier Verhandlungen zwischen den beiden Parteien, die das bisherige Schulkompromiß trugen, und den Demokraten statt in der Absicht, die drei Parteien in der streitigen Schul- und Bildungsfrage zu einigen. Nach längeren Verhandlungen kam es zu einer Verständigung über den Absatz 2 des Art. 143, der nach einem gemeinsamen Antrag der drei Parteien folgendermaßen lautet: „Innerhalb der Gemeinden sind auf Antrag der Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Bekenntnisses und ihrer Weltanschauung zu errichten, soweit hiedurch ein ordentlicher Schulbetrieb nicht beeinträchtigt wird. Der Wille der Erziehungsberechtigten ist möglichst zu berücksichtigen. Das Nähere bestimmt die Landesgesetzgebung nach Grundrissen eines zu erlassenden Reichsgesetzes. In die Ausführungsbestimmungen sollen weitere folgende Bestimmungen aufgenommen werden: Bis zum Erlasse des in Art. 143 Abs. 2 vorgesehene Reichsgesetzes bleibt es bei der bestehenden Regelung. Das Reichsgesetz hat Gebiete des Reiches, in denen eine nach Bekenntnissen nicht getrennte Schule nicht gesetzlich besteht, besonders zu berücksichtigen.“

Unabhängige, Demokraten und Regierung.

Aus Weimar wird uns geschrieben: Der Mißbrauch der großen politischen Debatte brachte unsere milden Unabhängigen und unsere — oh — so haben bürgerlichen Demokraten in die Zwangslage. Die Reaktionäre hatten nämlich beantragt, der Regierung das Mißtrauen auszusprechen, während Sozialdemokraten und Zentrum das Vertrauensvotum forderten. Trotzdem die Herren Unabhängigen täglich in allen Schreierien in das Land hinaus brüllen, daß es keine hassenwertere und infamere Regierung auf dieser budefähigen Erde geben könne, als die deutsche Reichsregierung, hatten sie am Schluß dieser Debatte nicht mehr den Mut, für das Mißtrauensvotum zu stimmen, sie stimmten sogar dagegen. Ebenso die Demokraten. Aber für das Vertrauensvotum sind zu erklären, das brachten nun die Unabhängigen und Demokraten nicht über oppositionelle Herz; sie stimmten auch dagegen, würden vermutlich aber bei einer namentlichen Abstimmung sich der Stimme enthalten haben.

Bei den Demokraten wie bei den Unabhängigen war diese wenig imponierende Haltung aus der arbeitslosen Verlegenheit erklärbar. Beide Parteien konnten sich der energischen und politischen Haltung der Regierung nicht entziehen, aber aus feindseliger und engstirniger Verärgerung lehnten sie das Vertrauensvotum ab. Das Bemerkenswerte ist, daß die Unabhängigen zum erstenmal ein Mißtrauensvotum gegen die Koalitionsregierung abgelehnt haben. Das ist eigentlich, vom Standpunkt des Ueberradikalismus aus, ein recht netter Sündenfall und man konnte beobachten, wie die Herren Unabhängigen untereinander wegen der Abstimmung in erste Meinungsdivergenzen geraten waren. Daß die Demokraten unentschieden hinüber denken, ist weder neu noch bemerkenswert. Ja, ja, es ist halt eine kleine Sache um den Mut zur floren politischen Stellungnahme!

Badischer Landtag.

41. öffentliche Sitzung. gr. Karlsruhe, 30. Juli.

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 3.35 Uhr. Abg. Hieselmaier (Ztr.) trägt wegen der Entschädigung von Badenern an, die in Elßig-Lothringen ihren Wohnsitz hatten und die durch die jetzigen elßig-lothringischen Verhältnisse geschädigt wurden.

Minister Kemmelte teilt mit, daß sich das Ministerium der Geschädigten annehm und sie der betreffenden Reichsstelle weitergeben. Die Betroffenen können ihre Ansprüche beim Reichskommissar anmelden. Eine Entschädigungspflicht besteht nicht. Mittel zur Unterfertigung bestehen nicht. Dagegen können Flüssigkeiten einmalige und mehrmalige Darlehen erhalten. Eine endgültige Regelung bleibt noch vorzunehmen. Die Reichszentrale beantragt, daß alle gemeldeten Schäden der Regierung zur Kenntnis kommen. Die Regierung wird bemüht sein, den Betroffenen zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Fortsetzung des V. und VI. Nachtragsentwurfes.

Abg. Stöckinger (Soz.) berichtet namens der Kommission über den Vorantrag des Ministeriums des Kultus und Unterrichtens. In der Kommission wurde eine Verbesserung der Anstellungsverhältnisse der Lehramtspraktikanten gewünscht. Ferner wurde in einem Antrage eine Statistik über die allzu zahlreichen Entlassungen von Nachschülern an den höheren Schulen gewünscht. Die Kommission nahm verschiedene Absätze an Nachtrag vor. Größere Mittel wurden dagegen für Kliniken beantragt. Die Genehmigung wird erbeten zur Verlegung der Hochabteilung von der Technischen Hochschule in Karlsruhe an die Universität Freiburg, worüber eine Vereinbarung mit Württemberg erfolgte. Die Verknüpfung des Senats der Universität Freiburg, daß wir gegen die Universität ein gereizt seien, ist zurückzuweisen. (ehr richtig!) Der geplante Bau eines Realgymnasiums in Laßer veranlaßt verschiedene diesbezügliche Petitionen. Unter Wissenschaften und Kunst werden Mittel für das badische Landes-theater in Karlsruhe verlangt. In der Kommission wurde die Frage erhoben, soll der Staat hier noch weitere Zuschüsse für das Landes-theater leisten. Regierung und Kommission stellen sich auf dem Standpunkt, daß man die Kosten des Theaters nicht auf einmal glatt der Stadt Karlsruhe überlegen könnte. Man kann das Theater nicht auf einmal seinem Schicksal überlassen und eine alte Kunststätte dem Niedergang überantworten. Daneben bestehen auch rechtliche und soziale Verpflichtungen. Man muß eben die Kunst allen Kreisen zugänglich machen. Auch in Württemberg muß der Staat für die zwitgartheater große Zuschüsse machen. Es ist getaun, zwischen Staat und Stadtgemeinde Karlsruhe verschiedene Vereinbarungen bezüglich des Landes-theaters zu treffen, wobei die Beschlüsse in der Kommission mit 10 gegen 8 Stimmen zur Annahme gelangten. Aber 1925/26 wird die Stadt Karlsruhe das Theater ganz übernehmen. Die Stadt Karlsruhe hat sich außerdem bei ihren Leistungen zur Verbindung gemacht, daß die Spielzeit nicht durch höhere Gewalt (Kohlennot) unterbrochen wird; hiergegen sprach sich die Kommission einstimmig aus. Diese Forderung hätte die Stadtgemeinde unterlassen sollen, denn die Kommission könnte sich hierauf nicht einlassen. Löst die Stadt Karlsruhe diese Forderung — bei Aussehen der Spielzeit durch

höhere Gewalt von der Zahlungspflicht entbunden zu sein — fallen, so tritt die Vereinbarung in Kraft.

In der Einzelberatung wird der geplante Bau eines Realgymnasiums in Laßer genehmigt und ein Antrag des Abg. Schäfer (Ztr.) auf ein Annatium abgelehnt.

In der Einzelberatung des Etats für das badische Landes-theater beantragt Abg. Schäfer (Ztr.), die Ausgabe für das Landes-theater nur in dem Umfange zu genehmigen, als die Rechts-verpflichtung im Falle der Schließung des Theaters in sich bergen würde. Der Antrag Schäfer wird in namentlicher Abstimmung gegen die Stimmen des Zentrums und der Deutschnationalen abgelehnt. Der Etat für das Landes-theater wird hierauf gemäß dem Vorschlage der Kommission genehmigt. Der Antrag auf Statistik der Nachschüler wird angenommen. Der Etat des Unterrichtsministeriums wird angenommen.

Unterrichtsminister Gummel legt außerhalb der Tagesordnung einen Gesetzentwurf über die Änderung des Schulgesetzes vor. Der Gesetzentwurf geht an die Hauskommission.

Abg. Seubert (Ztr.) berichtet namens der Kommission über den Vorantrag des Ministeriums des Inneren. Infolge der Vereinfachung der Staatsverwaltung werden verschiedene Kosten wegfallen. Erreicht wurde ein Pressebüro der Regierung, das von Vertretern der drei Regierungsparteien besetzt wurde. Seine Aufgabe ist a) die Bearbeitung von Artikeln der Regierung zu übernehmen, b) die Zeitungen zu verfolgen, damit die Regierung über die Mißstände unterrichtet ist, und c) eine Registrator der Zeitungen zu schaffen. Insgesamt werden 144 badische und 16 auswärtige Zeitungen gelesen. Die Hauptarbeit bildet die Information bis auf die Deutschnationalen dem Ministerium zu. Zu längeren Erörterungen führten in der Kommission die Ausgaben für die Volkswehr; die Kosten werden sich nummehr nach und nach vermindern. Eine Million wurde für Kleinwohnungsbaueingehet. Zu Beanstandungen Anloß gaben die Ausgaben für Erwerbslosenfürsorge; die heutige Form der Unterstützung gibt zu schweren sozialen Gefahren Anlaß. Auch mußte eine stärkere Kontrolle vorgenommen werden. Anerkannt wurde in der Kommission der Geist des Genesmerleforts. Die Kommission beantragt Genehmigung des Vorantrages des Ministeriums des Inneren gemäß den von ihm vorgenommenen Änderungen. — Der Vorantrag des Ministeriums des Inneren wird gemäß den Vorschlägen der Kommission angenommen.

Von dem Abg. Heinrich (Ztr.) liegt ein Antrag um eine Statistik der gegenwärtig im Lande vorhandenen Baumaterialien vor.

Arbeitsminister Rückert teilt mit, daß eine solche Statistik bereits fortlaufend vorgenommen wird. Der Minister teilt die Vorräte an Dachsteinen, Ziegelnsteinen und Zement sowie die diesbezügliche Erzeugung in Baden mit. In Baugewerk ist kein Vorrat da; Paulholz ist genügend vorhanden, doch fehlt es hier am Schnitt. Die Bauholzvorräte sind zu gering, um den Anforderungen zu entsprechen. Das Zementwerk in Reimen steht seit 14 Tagen still, weil angeblich zu wenig Kohlen vorhanden sind. Die Regierung wird dies prüfen.

Der Antrag Heinrich (Ztr.) ist damit erledigt.

Abg. Grlacher (Ztr.) berichtet über den Vorantrag des Ministeriums für militärische Angelegenheiten. Bei der Einstellung von Offizieren wird Wert darauf gelegt, daß nur Badenere eingestellt werden. In der Zukunft wird Baden durch den Friedensvertrag nur ein kleines Militärkontingent haben. Es wird jetzt die Ueberführung der badischen Truppen in die Reichswehr erfolgen. Der Vorantrag des Ministeriums für militärische Angelegenheiten wird genehmigt.

Abg. Seubert (Ztr.) berichtet namens der Kommission über den Vorantrag des Arbeitsministeriums. Die Kommission beantragt Genehmigung. Der Vorantrag des Arbeitsministeriums wird angenommen.

Es folgt die Beratung des provisorischen

Gesetzes betr. Ausgabe von Banknoten.

Abg. Herber (Dem.) berichtet namens der Kommission über das Gesetz, das bereits am 26. Oktober 1918 provisorisch geschaffen wurde und demzufolge die badische Bank das sechsfache ihres eingezahlten Aktienkapitals in Banknoten ausgeben darf. Sobald andere Verhältnisse eintreten, soll dieses Gesetz wieder aufgehoben werden. Die Kommission beantragt Annahme des Gesetzentwurfes.

Der Gesetzentwurf wird einstimmig angenommen.

Ueber den Gesetzentwurf betr. Uebernahme von Reichs-, Militär- und badischen Hofbeamten sowie von Angehörigen der elßig-lothringischen Landesverwaltung in den badischen Staatsdienst berichtet namens der Kommission Abg. Jöhrig (Dem.): Es handelt sich hier um eine Pflicht gegenüber diesen Leuten, die von der Regierung durch ein Ermächtigungsgesetz geregelt werden soll. Vorläufig handelt es sich um etwa 900 Beamte, die untergebracht werden sollen. Ueber die Reihenfolge der Unterbringung ist die Kommission eine Resolution vor, die zuerst die Elßiger badischer Herkunft berücksichtigen will, dann diejenigen, die keine andere Staatsangehörigkeit haben. Die Kommission beantragt Annahme des Gesetzentwurfes mit den von ihr vorgenommenen Änderungen.

Abg. Marum (Soz.) begründet einen Antrag, der im Gesetz vorgesehen wissen will, daß bei der Anstellung elßig-lothringischer Notare Rücksicht hinsichtlich der Art ihrer besonderen Ausbildung geübt werden soll. — Der Antrag wird angenommen. Der Gesetzentwurf wird in namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen. Ebenso findet die Resolution hinsichtlich der Berücksichtigung der Elßig-Lothringer bei der Anstellung Annahme.

Hierauf wird in der Beratung des Staatsvorantrages fortgefahren.

Abg. Marum (Soz.) begründet einen Antrag, der im Gesetz Finanzministeriums. Das das Fernheizwerk, Elektrizitäts- und Wasserwerk der früheren Hofverwaltung betrifft, so muß dieses späterhin mit dem badischen Elektrizitätswerk in Verbindung gebracht werden, da es nicht gangbar ist, die vorliegende Nebenausgabe dauernd zu machen. Angesichts der unsicheren Verhältnisse an der Schweizer Grenze ist eine bessere Bewaffung des Grenzpersonals nötig. Die Kommission schlägt Genehmigung des Vorantrages des Finanzministeriums vor. — Der Vorantrag wird genehmigt.

Abg. Grlacher (Dem.) berichtet über den Vorantrag der Verkehrsanstalten, des Eisenbahnbaues und der Eisenbahnhuldentilgungskasse und des Wurgwerkes. Bedauert wurde in der Kommission, daß der Bahnhof in Basel nicht wieder eröffnet worden sei. Die Regierung teilt mit, daß deshalb demnächst wieder Besprechungen mit der Schweiz stattfinden, die hoffentlich zu einer Einigung führen. Für die staatlichen Kraftwagenlinien liegt ein außerordentlich reiches Programm vor. Wenn in der Vergangenheit die Unterbringung von Anlehen leicht war, so wird dies in Zukunft sehr schwer werden. In der Bewilligung von Ausgaben muß deshalb sehr vorsichtig vorgegangen werden. Die Kommission beantragt Genehmigung des Vorantrages gemäß ihren Vorschlägen. — Der Vorantrag wird angenommen.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Schell (Ztr.) wird die Sitzung geschlossen.

Nächste Sitzung: Donnerstag nachmittags 1/4 Uhr. Tagesordnung: 6. Nachtragsetat, Gesetzentwurf über Kultusverbesserungen uif.

Schluß der Sitzung: 7.40 Uhr

Aus der Partei.

Blantenloch, 29. Juli. Nächsten Samstag, 2. August, abends 7 1/2 Uhr, findet in der „Schwane“ Parteiverammlung statt. Vollständiges und pünktliches Erscheinen ist notwendig. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Grünwettersbach, Sozialdem. Verein. Heute Donnerstag, 31. Juli abends halb 9 Uhr, findet im Gasthaus zum „Acker“ eine Parteiverammlung statt, zu der auch die Leser der Parteipresse eingeladen sind.

Weingarten, 30. Juli. Sozialdemokratischer Verein. Den Parteigenossen und Genossen sei hierdurch mitgeteilt, daß zum Gedächtnis an die Freiheitskämpfer von 1849 eine feierliche und würdige Feier am Sonntag, den 10. August, nachmittags 2 Uhr in Kofstatt an den Gräbern der ständisch Erhöhen stattfindet. Auch unser Ortsverein wird sich mit einer Abordnung an der Feier beteiligen. Wir bitten unsere Mitglieder, sich für diesen Tag freizubehalten und sich recht zahlreich zu beteiligen. Es wird eine Teilnehmerrunde zirkulieren; mögen die Genossen und Genossinnen von der Einzeldarstellung recht zahlreichen Gebrauch machen. Abfahrt vormittags 11.11, ab Karlsruhe 12.30 Uhr nachmittags.

Wahlthal, 31. Juli. Am Samstag, 2. August, abends 7 1/2 Uhr, findet im Gasthaus zum „Wolf“ unsere Mitgliederversammlung statt, wozu unsere Mitglieder und Leser der Parteipresse freundlichst eingeladen sind; wir bitten um vollständiges Erscheinen.

In die sozialistischen Lehrer Verbände. Allen den Kollegen in unserer Partei, die am 3. August an der in Offenburg tagenden Vertreterversammlung des Badischen Lehrerverbandes teilnehmen, zur Nachricht, daß sie sich nach Schluß der Tagung zu einer gemeinsamen Besprechung über den Erfolg der Versammlung zusammenfinden möchten. Lokal voranschicklich „Schwarzwälder Hof“.

Aus dem Lande.

Durlach und Umgebung. Durlach, Jugend-Abend. Heute abend 7 1/2 Uhr Besprechung des Programmes für den Monat August. Da eine Besichtigung des Burgtraufwerkes in Aussicht steht, wird die Schulentlassene Jugend erjucht, recht zahlreich zu erscheinen.

Nastatt. Herr Burkhard aus Heilberg, der Revolutionskämpfer. Vor einigen Wochen fand im hiesigen Rathausaal eine Landesausschreibung des Landesverbandes der badischen Gewerbe- und Handwerkervereinigungen statt. Wie wir aus dem gedruckten Bericht erfahren, hat sich bei dieser Tagung der Vorsitzende des Gewerbevereins Heilberg, Herr Burkhard, nicht gekümmert, mit folgenden Worten seine Meinung über die November-Revolution zu äußern: „Die lange Dauer des Krieges und die damit entstandene Lebensnot drückt die Gemüter sehr herab und fand dadurch die Wählerarbeit vaterlandsloser Gesellen, besonders auch bei sonst sehr patriotisch gestimmten Leuten, fruchtbareren Boden“. Wir dürfen also annehmen, daß das Gemüt des Herrn Burkhard weber durch die lange Dauer des Krieges noch durch die Lebensnot irgendwie gelitten hat, es ging ihm also anscheinend recht gut. Doch wir wollen dem Herrn nicht weiter nahe treten, denn er kann mit den „vaterlandslosen“ Gesellen auch Ludendorff u. Co. gemeint haben? —

Aus dem Murgtal. Ottenau, im Murgtal. Der sozialdemokratische Bürgerausschuß Ottenau veranstaltet am Sonntag, 3. August, vormittags 10 Uhr, im Gasthaus zum „Hof“ in Ottenau einen Instruktionstag über Gemeindepolitik. Das Erscheinen der sozialdemokratischen Gemeinderäte, Bürgerausschußmitglieder, Parteivorstände und auch die sonstigen Mitglieder des Vereins ist dringend erforderlich. Referent ist Gen. Müller aus Nastatt.

Weingarten, 31. Juli. Turnverein. Samstag, den 2. August, abends halb 9 Uhr, findet im Saale des „Badischen Hof“ eine öffentliche Sportveranstaltung statt, zu der sämtliche Sportvereine und Sportfreunde von hier freundlichst eingeladen sind. Referent: Turngenosse F. d. Gröbinnen.

i. Ottenhöfen, 30. Juli. Sonntag, 3. August, nachm. 3 Uhr, findet im „Engel“ ein Vortrag über „die Konsumvereine im neuen Deutschland“ statt. Redner ist der Geschäftsführer des Konsumvereins Baden, Herr P. i. c. h. e. r. Im eigenen Interesse werden die Einwohner Ottenhöfens, Seebach, Furchenbachs erjucht, zu diesem Vortrag vollständig zu erscheinen.

Seebach bei Bad, 30. Juli. Die im hiesigen Elektrizitätswerk untergeordneten Bestände des früheren Arbeiterdepots Bad sind nahezu vollständig ausgeraubt worden. Bei einer Hausdurchsuchung wurden vierzig Schilde, Bügel usw. im Wert von mehreren tausend Mark beschlagnahmt. Drei Personen wurden verhaftet. Galsau bei Reustadt, 29. Juli. Wie noch erinnert sein dürfte, war kürzlich hier das Haus der Witwe Steiert niedergebrannt. Die 83jährige Frau blieb seitdem verschunden und gegen die nicht ganz zurechnungsfähige Tochter der Vermählten, Maria Steiert, richtete sich der Verdacht, daß sie ihre Mutter getötet und, um die Tat zu vertuschen, das Haus in Brand gesetzt hatte. Dieser Verdacht hat sich jetzt bestätigt. Die Leiche der Vermählten ist unter den Trümmern des niedergebrannten Hauses aufgefunden worden und die Täterin hat ein Geständnis abgelegt.

Aufhebung der Zwangsbeziehung des Frühobstes. Das Ministerium des Innern hat an sämtliche Kommunalverbände in Baden eine Mitteilung geben lassen, monach es beabsichtigt, in der allernächsten Zeit den Ankauf, den Absatz und die Verwertung von Frühobst jeglicher Art der diesjährigen Ernte innerhalb Badens freizugeben. Um die Ausfuhr von Frühobst nach außerhalb Badens unbeschwert hindanzulassen, wird in der die Zwangsbeziehung aufhebenden Verordnung gleichzeitig ein Verbandscheinverordnungs für das über die Grenzen des Freistaates Baden hinausgehende Obst eingeführt werden. Hinsichtlich des Frühobstes steht noch nicht fest, ob dasselbe von der Reichsregierung ganz oder teilweise bewirtschaftet werden wird.

Bom badischen Lehrerverein. Der Bezirksverein Offenburg des badischen Lehrervereins hat beschlossen, der demnächst stattfindenden Hauptversammlung Hauptlehrer Oskar Hofbein in Heilberg als künftigen Obman vorzuschlagen.

Bäuerliche Revolten gegen Heilbergschäfer. — Eine Person getötet. Schönan i. W., 29. Juli. Zu einer Heilbergschäferschlacht ist es am Sonntag morgen bei der Sünitz gekommen. Bekanntlich haben viele Gemeinden das Sammeln von Beeren auf ihren Gemarkungen für nicht Ortsbewohner verboten. So auch die Gemeinde Neubronn. Als sich trotzdem dort Männer, Frauen und Kinder zum Heilbergsammeln eingefunden hatten, entstand plötzlich eine Schießerei und 50 bis 60 Mann drangen mit Gewehren und Säbden auf die Sammler ein. Diese wurden mißhandelt und ihnen die Beeren weggerissen. Aus Angst vor der Schießerei bezirzten sich einige Frauen im Wald und fanden sich erst am nächsten Abend wieder zurück.

Zu den schweren Ausschreitungen gegen Beerenfresser wird weiter berichtet, daß bei dem Angriff der Minderheitler gegen die Heilbergsammellenden Männer, Frauen und Kinder zahlreiche Verletzungen vorgekommen sind. Einem Mann wurde mit einem Gewehrstoß der Schädel eingeschlagen, so daß der Verletzte gestorben ist. Eine Frau erlitt eine sehr schwere Armverletzung.

Unglück auf dem Rhein. t. Basel, 29. Juli. Bei der Düniger Schiffsbrücke ereignete sich am Montag mittag ein förmliches Unglück. Die Eisbrecher der Schiffsbrücke, welche früher die Schiffsbrücke hielten und schützten, waren während des Krieges nicht mehr instand gehalten worden und mußten durch Auswerfen von schweren Steinen beschwert werden. Eine Anzahl Arbeiter aus Dünigen und Neuburg hatten diese Arbeit übernommen und führten mit großen Sämen mit Steinen in den Rhein hinaus. Einer dieser Säme, der mit elf Arbeitern besetzt war, trief auf einen Eisbrecher und zerfiel; vier der Arbeiter konnten sich am Eisbrecher festklammern, drei weitere wurden von der Strömung rheinabwärts getrieben und konnten von französischen Rönieren gerettet werden, während die übrigen vier ertranken; sie verschwanden in den Fluten und kamen nicht mehr zum Vorschein. In den beiden Dörfern herrschte infolge dieses Unglücks große Erbitterung gegen die französische Rheinverwaltung, weil sie es an allen Vorkehrungsmaßnahmen hatte fehlen lassen.

Bürgerausschreibung in Karlsruhe.

Wohnungsbau. — Das Auslandsmehl. Karlsruhe, 31. Juli.

Auch der zweite Tag der Beratungen brachte noch nicht die ganze Erledigung des Stoffes. Man kann jetzt schon als sicher voraussetzen: wenn in dieser Art und Weise, wie es in den beiden ersten Sitzungen geschehen, weitergefahren wird, dann hat sich der junge Bürgerausschuß bald die Sympathie der ganzen Bevölkerung beschert. Denn das wird dann ein Schwägerparlament, aber keine ernst zu nehmende Körperschaft. Wir sind gewiß die letzten, die einer Durchsicht von Vorlagen das Wort reden, wir verlangen eine gründliche Besprechung und Beratung jedes Gegenstandes. Aber eine Gründlichkeit ist es nicht mehr, wenn zu einem Punkt gleich ein halbes Dutzend Redner eine Fraktion das Wort ergreifen und wenn diese Leute noch nicht einmal zur Vorlage selbst sprechen, sondern über die entlegensten Dinge sich in ausführlichster Breite auslassen. Bei den bürgerlichen Parteien herrscht aber auch nicht die Spur von fraktionsdisziplin. Man meinte, es ständen Wahlen vor der Tür, so zeigen gewisse Vertreter ihr „warmes“ Herz für ihre diesbezüglichen Stadteile oder für die oder jene Berufsrichtung. Das Interesse des Ansehens der Körperschaft verlangt dringend, daß dieser Mißstand ein Ende gemacht wird, denn in dieser Art und Weise, wie es am Montag und gestern der Fall war, kann unmöglich weitergefahren werden, wenn der Bürgerausschuß noch ernst genommen werden will. Um 1/2 8 Uhr abends, nach 4 1/2 Stunden, waren glücklich zwei Vorlagen erledigt. Das hätte schließlich die Nationalversammlung in Weimar auch fertig gebracht. Also wiederum, Ihr Herren vom Bürgeramt: Mehr Mehl und weniger Geklapper. Wir geben zu, die beiden Vorlagen, mit denen sich der Bürgerausschuß zunächst zu beschäftigen hatte, waren von einiger Wichtigkeit und auch finanziell von großer Tragweite, betrug doch die zu bewilligende Summe über 3 Millionen Mark. Die eine Vorlage betraf die Erbauung von 8 Wohnhäusern auf dem Gelände östlich der Lullachule, der Wert beträgt 1 567 000 M. Mit der Besprechung der Vorlage war schon am Montag begonnen worden. Bürgermeister Dr. Paul machte bei der Begründung sehr interessante Angaben über den Bau und die Kosten der städtischen Wohngebäude. Danach hat die Stadt im ganzen einschließlich der mit dieser Vorlage zu bewilligenden 824 Wohnungen errichtet, die natürlich noch in keiner Weise dem vorhandenen großen Bedürfnis entsprechen. Die Kosten des ersten Baus bei der Lullachule betragen 1 780 000 M., die des zweiten 1 520 000 M. zusammen 3 3 Millionen. Im Frieden wären die Bauten auf 780 000 M. zu stehen gekommen, die Stadt gibt also 2 1/2 Millionen Mark a fonds perdu, um hundert Wohnungen produzieren zu können.

Gegenüber dieser städtischen Vorlage brachte der Stadtverordnetenrat einen Antrag folgenden Wortlauts ein: Da es ausgedehnter erscheint, der schlimmsten Wohnungsnot auf dem bisher eingeschlagenen Wege auch nur in einmännigen fähigeren Weise zu steuern, beantragt der Stadtverordnetenrat folgenden einstimmig:

- 1. Die Ausfuhr weiterer Kleinwohnhäuser hinter der Lullachule nicht zu genehmigen;
- 2. einen Anlehnkredit von 1,5 Millionen zur Erfüllung von Kleinwohnungen zur Verfügung zu stellen;
- 3. eine Ausfuhrungsart zu wählen, bei der mit diesem Betrag etwa die dreifache Zahl der in Aussicht genommenen Wohnungen erstellt werden kann.

Der Vater dieses Antrags war offenbar der Stadt. Schneider, der mit wahren Bewundern ein von ihm ausgearbeitetes Projekt einer Kolonie von Fachwerkhäusern vertrat. Herr Schneider entwarf einen Plan, wonach ein Haus auf 11 000 M. zu stehen käme, es sollen 30 Fachwerkhäuser sein, wie man sie im Schwarzwald noch sieht. Gestern waren die Kosten der Schneider'schen Bauten, nach dem Herrn Stadtbaurat Reichel erklärt hatte, die Stadt solle, wenn Herr Schneider verpöche, für 11 000 M. die Häuser zu und wie wird überzeugt, daß bis alles fertig wäre, noch einige tausend Mark dazu kämen.

Die ganze stundenlange Debatte drehte sich denn auch um das Ziel und Wider diese Schneider'schen Pläne. Je Sachgelehrten traten auf den Plan, und wenn nicht der Veranlassung endlich doch die Geduld ausgegangen wäre und der Auseinandersetzung durch einen Schlichtungsantrag, es waren noch 10 Redner gemeldet, ein Ende gemacht hätte, würde wohl das Kollegium noch heute beisammen sitzen. Die sozialdemokratische Fraktion stand auf dem Standpunkt, daß vor allem die Bauten bei der Lullachule auszuführen seien, weil hier die nächste Aussicht bestand, daß es bald mehr Wohnungen gäbe. Alles andere hatte diesem Gesichtspunkte gegenüber zurückzutreten; wir brauchen Wohnungen und vor allem reichlich Wohnungen und dieses Verlangen wird am besten durch die städtische Vorlage verwirklicht. Diese Haltung unserer Fraktion bewertete keineswegs eine Ablehnung der Vorläufe von Herrn Schneider wie auch der anderen Herren, im Gegenteil, wir wünschten, daß auch diese Pläne eingehend geprüft werden. Aber doreerst war ihr der Saal in der Hand lieber wie die

Laube auf dem Dache und deshalb trat sie zunächst entschieden für den Bau der Wohnungen bei der Lullachule ein. Unter Stadt. Gen. Stoll begündete diesen Standpunkt unserer Fraktion in dem angegebenen Sinne; zugleich reate er eine nochmalige eingehende Prüfung der Frage an, ob durch den Bau der Häuser nicht zu sehr der Betrieb der Lullachule gestört würde — auch die Lehrerschaft hat in der Sache einen Protest eingelegt. Stadt. Höhn wies auf die Wohnungsnot in Ruppurr hin; auch dort bestände die Möglichkeit, auf dem freien Gelände der dortigen Schule Kleinwohngehäuser zu erbauen. — Das Ergebnis der langen Beratung — in deren Verlauf, was wir nicht veräumen wollen, festzustellen, den demokratische Stadt. Herrmann sich eine unerhörte Anrempfung der Bauarbeiter leistete — war schließlich, daß die städtische Vorlage angenommen wurde, dazu noch ein weiterer Antrag, monach der Bürgerausschuß der Stadtverwaltung einen Kredit von 1,5 Millionen bewillige zum Bau von weitlich billigeren Kleinwohnungen.

Die weitere Vorlage betraf eine Anforderung von 1,5 Millionen Mark zur Deckung des Aufwands der Stadtgemeinde für die Verbilligung der ausländischen Lebensmittel. Bekanntlich hat das Reich kürzlich 1,5 Milliarden ausgeworfen, um eine Senkung der Lebensmittelpreise herbeizuführen, die Summe soll zu je einem Drittel dem Reich, den Einzelstaaten und den Gemeinden getragen werden; der Anteil der Stadt Karlsruhe beträgt 1,5 Millionen. Die Ausdrache über diesen Gegenstand war zum Teil eine hochpolitische, da der Konflikt der Stadtverwaltung mit der Regierung und der Reichsgetreidestelle mit in die Debatte geworfen wurde. Wir haben keinen Anlaß, uns in diesem Streit nach der einen oder anderen Seite hin festzuliegen. Wenn man die Regierung hört, so hat die Recht, und wenn man die Stadtrat hört, so scheinen auch dessen Einwände stichhaltig. Uns scheint aber bei der ganzen Angelegenheit eine gewisse persönliche Verstimmlung der maßgebenden Persönlichkeiten der Stadt und im Ministerium stark mitzuspielen. Und diesen persönlichen Unstimmigkeiten gegenüber müßten wir doch feststellen, daß die Bevölkerung nicht die mindeste Lust hat, zu dulden, daß das Ministerium und die Stadtverwaltung die Streitigkeiten, die sie miteinander auszufechten haben, auf dem Rücken der Bürgerlast austragen. Wir meinen bei eingemakten gutem Willen läßt sich eine Einigung erzielen lassen. Eine Rücksichtslosigkeit und Brutalität ist es unter allen Umständen, daß man eine Bevölkerung von 140 000 Seelen dafür billigen lassen will, weil die Stadtverwaltung irgend eine der 10 000 und aberzehntausendsten § der Kriegsverordnungen übertreft. Dagegen legen auch wir Verwahrung ein, und unsere Fraktion stimmt deshalb auch einem Antrage zu, der gegen die Zurückhaltung des Auslandsmehles entschiedenen Protest einlegt und dessen unverzügliche Freigabe erwartet.

Die Debatte war eine zum Teil sehr erregte. Von unserer Seite begrüßte und befruchtete Stadt. Genossin Fischer die Vorlage, sie schloßte daran die Hoffnung, daß der Steigerung der Lebensmittelpreise nun endlich Einhalt geboten werde. Wünschenswert wäre, so führte Genossin Fischer weiter aus, die Umkehrung der teuren Lebensmittelpreise auf die Allgemeinheit. Bei dem Mehlpreis ist die Stadt sogar über die Verordnung der Regierung hinausgegangen, man verlangt 76 ¢ hier; einen derartigen Preis hätte man einer kinderreichen Familie nicht zumuten dürfen. Der Mehlpreis ist ein Gradmesser des sozialen Verständnisses einer Stadtverwaltung. Durch solche Spannungen wie sie in Karlsruhe zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen beständen, würden die Landwirte nur veranlaßt, noch mehr zu verlangen. Die Anreizpolitik hat schon während des Krieges seinen Zweck gehabt. Zu hoffen sei, daß die billigen Lebensmittel nun auch auf den Preis der Inlandlebensmittel wirken. Da dürfte aber die Stadtverwaltung ihrerseits nicht die andern Lebensmittel verteuern, wie es kürzlich bei dem Fett der Fall war und dem Reis. Sehr bedauerlich sei, daß die ganze Bevölkerung nun wegen der Haltung der Stadtverwaltung in Sachen Auslandsmehl leiden soll; auf keinen Fall dürfe die Reichsgetreidestelle die Gesamtbevölkerung blühen lassen. Wo kämen wir andererseits hin, wenn selbst die Stadtverwaltungen die Verordnungen nicht hielten? — Im Gegensatz zur Sozialdemokratie verteidigten alle übrigen Redner die Haltung des Stadtrats. Es war ja so vielen der Herren ein schändliches Pressen, nun einmal wieder auf die unglückliche Revolutionsregierung loszuhaben zu können.

Ein besonderes Kapitel bildete in diesem Streit die Haltung der Unabhängigen. Man weiß nicht, soll man das Verhalten dieser großen Postkassen belustigend oder bedauernd nennen. Man kann beides sagen: es war komisch u. itourig. Ein Schauspiel für Götter war es, als man aus den einzigen Verteidiger der Stadtverwaltung aus den Reihen des Stadtrats den radikalen, unabhängigen Führer Jung gegen die Regierung losziehen hörte. Man stelle sich das Bild vor: Herr Jung und Herr Steiert Arm in Arm. Entrüstet frag Herr Jung, wenn denn die Stadt die Verteilung des Mehles hätte übertragen sollen, etwa den Schuhmachern? Welche Realität! Als ob Herr Jung nicht ebenso gut wüßte wie wir, was die Regierungsinne zu der Maßnahme beabsichtigte, die Verteilung des Mehles selbst in die Hände der Arbeiter vornehmen zu lassen. Aber Hauptsache ist bei den Unabhängigen immer: Wenn nur gegen die Regierung geht, die Mittel und die Bundesgenossen nimmt man woher sie kommen mögen, mal von links, von den Kommunisten, mal von rechts, von der Reaktion.

Das unabhängige Schauspiel wuchs aber ins Protokolle, als nun der Stadt. Dietrich von der U.S.P. seinen eigenen Parteifreund Jung loszog und erklärte, er vertrete die Haltung des Ministers der Innern. Ohne einen Mill auf das Gebiet der „hohen Politik“, selbst wenn es sich um den Bau einer Latrine handelt, geht es bei den U.S.P.-Leuten natürlich nie ab, es läßt sich da ja noch leichter kämpfen, wie auf dem glatten Boden der Kommunalpolitik, wo die Kritik auch mal durch praktische Arbeit abgelöst werden muß. Und so bezeichnend denn Dietrich die Maßnahme der Reichsregierung als eine solche eines Bankrotteurs, dem das Wasser an der Gurgel fliehe; eine Regierung könne sich auf die Dauer mit solchen Maßnahmen nicht halten.

Und wo fand Dietrich Beifall für seine Ausführungen? Auf der rechten Seite des Hauses und — bei dem Oberbürgermeister! Ein Schauspiel für Götter war es, zu hören, wie der Oberbürgermeister in seiner sofortigen Erwiderung auf die Ausführungen von Dietrich immer wieder betonte: „Ich stimme Herrn Dietrich vollkommen zu.“ Ach stimme Herr

Nachdem die Maßnahme der Regierung, betr. die 15 Milliarden, eine aus politischen Gründen diskutierte, ist die Kommission der Regierung dementsprechend zu dem Schluss gekommen, dass die Regierung die Maßnahme nicht durchführen kann. Die Regierung hat sich für die Durchführung der Maßnahme entschieden, wie überall. Es kann ohne Ueberretzung gesagt werden: die unabhängige sozialdemokratische Partei hat bei ihrem ersten öffentlichen Auftreten auf dem Karlsruher Rathaus glänzend verfaßt, sie bot ein Bild völliger Perfektion. Diese Partei ist eben groß im Schlimmen, in der Kritik — weil hierzu kein Verantwortungsgefühl gehört — und unfruchtbar und unfähig in der praktischen Arbeit. Die Beratung dieser Vorlage zog sich bis gegen halb 8 Uhr hin; man verachtete, unter Mahnung an die Fraktionen, im Reden sich zu maßigen, noch am selben Tage fertig zu werden; allein die Redner, vor allem des Zentrums, zögerten sich nicht im mindesten davon ab, um 8 Uhr abzugehen, die Weiterberatung findet Freitag mit 5 Uhr statt.

Erliegt wurde noch die Vorlage betr. Pflasterung der Finkeheimer Allee, wobei Stv. Gen. Gräffer die Stadt an ihre Verpflichtungen gegenüber Weierheim erinnerte; dann die Vorlage betr. Einrichtung der elektrischen Beleuchtung im Konseratorium für Musik, bei der Stv. Gen. Winter auch die Einrichtung der elektrischen Beleuchtung in verschiedenen städtischen Schulhäusern anregte, damit im Winter die Vereine (Arbeiterjugend, Arbeiterabteilungsverein usw.), die in solchen Sälen ihre Vorträge und Veranstaltungen abhalten, dieselben nicht einstellen müssen; des weiteren eine Vorlage betr. die Erhebung eines Zuschlages zur Reichszugwachsteuer, eine Vorlage betr. landwirtschaftliche Verwertung der städt. Abfälle, eine Vorlage betr. Erziehung etwaniger Lehrerstellen an der Volkshochschule, sowie endlich eine Vorlage betr. Erziehung weiterer Professorenstellen an den höheren Lehranstalten. — Zur Beratung stehen nun noch 9 Vorlagen; ob sie in der Sitzung am Freitag erledigt werden können, wollen wir hoffen, die Vorlagen sind von geringer Wichtigkeit. Allein bei dem Redebedarf ist selbst die unscheinbarste Vorlage nicht sicher, ob sie nicht zum Ausgangspunkt einer stundenlangen Auseinandersetzung benutzt wird.

Aus der Stadt.

Verein Arbeiter-Jugend (Freie Jugend.) Karlsruhe. Von heute ab finden die wöchentlichen Versammlungen der Arbeiter-Jugend nicht mehr im städtischen Jugendheim statt, sondern im Scharnhorstsaal der Gesellschaft, Kreuzstraße 15 II. Der Saal ist schön, hell und geräumig, so daß sich die Jugendgenossen und Jugendgenossinnen sicher auch hier wohl fühlen werden, wenigstens solange bis

die Arbeiterjugend ein eigenes Heim haben wird, was hoffentlich nicht mehr lange dauern wird. Heute Abend findet ein Vortrag des Gen. Eisele statt über „Der Wert der Leibesübungen für die Jugend“. Die Jugendlichen werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen, auch Freunde und Bekannte mitzubringen. An die Arbeiterkassen richten wir immer wieder die Mahnung und Bitte, ihre Gelder und Tatkraft der Arbeiterjugend zuzuführen.

Sozialistische Beamte und Lehrer! Morgen, Freitag, 1. August, abends 8 Uhr, findet in den „Alten Linden“ (Gde. Zirkel und Arbeiterklub) eine Versammlung der sozialdemokratischen Beamten und Lehrer statt. Tagesordnung: Allgemeine Aussprache und Behandlung von Anträgen. Es ist dringend nötig, daß alle sozialistischen Gewerkschafter hier erscheinen.

Wahrheit in Ausficht? Ähnlich wird mitgeteilt, daß vom 1. August dieses Jahres ab eine Aufbesserung der Fettration bis zum normalen Satz von 100 Gramm für den Kopf der Bevölkerung in den Erzeugungszonen je nach der Wichtigkeit der Erzeugung von Margarine und Butter eintritt. Außerdem wird auf den Kopf der Bevölkerung einschließlich der Selbstverbraucher eine Speisemenge von 50 Gramm vorwiegend in Margarine wöchentlich ausgegeben, die an Stelle der bisher nur den Versorgungsberechtigten gewährten Sonderzuteilung tritt. Da der Reichsausgleich für Getreide und Fett mit Rücksicht auf die gekunkelte Balance die Reichsstoffe so teuer einkaufen mußte, daß die Wapabe an die Margarinefabriken nicht mehr zu dem bisherigen Preise erfolgen kann wird vom 1. August an eine Steigerung des Margarinepreises unvermeidlich sein. Das Pfund Margarine wird im Verkauf etwa 3,32 bis 3,52 M. kosten.

Es handelt sich also um eine Erhöhung der Fettration mit Rücksicht auf den Krieg, auf die nicht zu rechnen ist. Hinsichtlich der Preisermäßigung wird man rechnen können.

Franz Ded 4. Ein braver Genosse, Gen. Franz Ded, wurde gestern vormittag, als er sich zur Arbeit begeben wollte, von einem Schlaganfall betroffen, der den Tod herbeiführte. Der Verstorbene, der am 1. August ins 56. Lebensjahr eingetreten wäre, nahm stets regen Anteil an unserer Sache. Auch war er bei den Arbeiterkassen, Naturfreunden und Freizeitaner ein eifriges und recht gern gesehenes Mitglied. Wir werden unserm so treuen Freunde ein ehrendes Andenken bewahren.

Versteigerung von Möbeln aus dem Schloß. Im Orangeriegebäude fand gestern eine Versteigerung von Möbeln aus dem Schloß statt, an der sich eine große Zahl Kauflustiger eingefunden hatten. Im allgemeinen handelte es sich um ältere Tische, Stühle, Betten, Schränke usw. der groß. Hofhaltung. Nur wenige Stücke, wie geschützte Truhen, zierliche Ausstattungsgegenstände (Kaffeekäse) hatten besonderen Kunstwert und hierfür wurden auch erhebliche Summen bezahlt.

Kartenvertrieb für Karlsruhe und Umgebung. Um der Mannschaft nochmals Gelegenheit zum Zusammenstellen zu geben,

findet am Mittwoch den 6. August, abends 8 Uhr, auf dem Platz des Karlsruher Fußball-Vereins ein Übungsspiel gegen eine komfizierte Mannschaft, bestehend aus Frankonia B. f. V., Mühlburg Frankfurt und Germania Durlach statt.

Stadtparkkonzerte. Nächsten Freitag, 1. August, abends 7 Uhr, veranstaltet die hiesige Feuerwehr- und Bürgerkapelle seit längerer Zeit wieder ein Konzert im Stadtpark, zu welchem deren Dirigent, Herr Obermusikmeister a. D. Diefel ein ausgesuchtes Programm vorgesehen hat.

Wir begrüßen es, daß von nun an wieder unsere althergebrachten Kapellen im Stadtpark ihre Wesen hören lassen, wonach wir uns schon lange gesehnt haben. An die früheren Voetage, Biese- und Berrdagen-Konzerte darf man ja nicht mehr zurückdenken, als diese Kapellen mit einigen 40 Mann konzertierten, und uns mit vorzüglichen Opern, Operetten, vollständige Polkaurts, sowie mit idyllischen Walzerweisen beglückten und ihre Solisten sich mit großem Beifall hören ließen. Da war jeder Konzertbesucher, ob musikalisch oder nicht, befriedigt. Für diese Konzerte wurden damals 50 A. gezahlt. Heute wird eine Kapelle Eintritt erhoben und man läßt eine Kapelle in Stärke von nur 25 Mann konzertieren. Bei einem Eintritt von 1 M. wäre aber u. E. das Publikum wohl berechtigt verlangen zu können, daß eine vollbesetzte Kapelle im Stadtpark konzertiert, damit die Kapellmeister auch in der Lage sind, wieder bessere, vollständige Musikstücke zum Vortrag bringen können. Es wäre an der Zeit, daß hier Abhilfe geschaffen wird.

Kolosseum. Das Blazheim-Caspiel wird bis mit Sonntag, den 8. August verlängert und gelangt am 1., 2. und 3. August diesseitigen Bühnen entsprechend zur Aufführung: die große Schlagerposse „Die schwelbende Jungfrau“. Die Vorstellungen beginnen pünktlich 8 Uhr; Sonntag den 8. August auch nachmittags 4 Uhr. Samstag den 2. August findet ein Ehrenabend für Herrn Direktor Blazheim statt. Ab Montag den 4. August bleibt das Kolosseum geschlossen.

Briefkasten der Redaktion.

K., Plankensch. Wir haben nichts erhalten.
Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Adel; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Heutletten Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtlich in Karlsruhe, Württemberg 24.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe-Mühlburg. (Bruderverbund, gem. Chor.) Heute Donnerstag abends 8 1/2 Uhr Singstunde. Jahresfeier. Erscheinung erwartet.
Karlsruhe. (Gesangverein „Lassalla“.) Heute Donnerstag abends 8 Uhr Jahresversammlung bei Mitglied Dippner zur Stadt „Stadtpark“, wozu auch die verehrlichen passiven Mitglieder freundlichst eingeladen sind. 5902 Der Vorstand.
Durlach. (Sozialdem. Verein.) Freitag, 1. August, abends 8 Uhr, im „Lamm“ Ausschlußsitzung. 5297 Der Vorstand.
Durlach. (Sozialdemokratische Bürgerauschlußsitzung.) Freitag den 1. August abends 8 Uhr, im „Goldenen Löwen“ Sitzung. Wichtige Tagesordnung. Das Erscheinen Aller erwartet. 5908 Der Vorstand.

Die **Volksbuchhandlung** Karlsruhe, Adlerstraße 16 empfiehlt aus der **Lehrmeister-Bücherei:**
Die wichtigste Veredelungsarten n. ihre Anwendung. Mit 34 Abb. 40 S. (Nr. 244).
Spalten- und Ziergedr. Mit 25 Abb. 40 S.
Zu bringende Jugendzeit. Mit 146 Abb. 120 S. (Nr. 390/3).
Das Schaf. Mit 22 Abb. u. 1 Tafel. 120 S. (Nr. 402/4).
Zusammenbau. Mit 50 Abb. 80 S. (Nr. 170/1).
Leitfaden der Biologie. Mit 28 Abb. 80 S. (Nr. 10/11).
Die Milchverarbeitung im Haus (Käsebereitung). Mit 29 Abb. 120 S. (Nr. 396/8).
Kassenspiele. 80 S. (Nr. 384/5).
Buchschnitten. Mit 14 Abb. 40 S. (Nr. 223).
Die Krankheiten der Obstgewächse. Mit 45 Abb. 80 S. (Nr. 58/9).
Schädlinge des Bienenstandes. Mit 15 Abb. u. 1 Farbtafel. 80 S. (Nr. 241/2).
Monatskalender f. den Obstbau. 40 S. (Nr. 45).
Geflügel-Krankheiten. Mit 81 Abb. 120 S. (Nr. 92/4).
Die natürliche Brut und Aufzucht der Fische. Mit 14 Abb. 40 S. (Nr. 205).
Die Geflügelzucht. Mit 12 Abb. 80 S. (Nr. 358/9).
Wichtige Fleischerkrankheiten. 40 S. (Nr. 320).
Kochkiste u. Kochbeutel. Mit 7 Abb. 40 S. (Nr. 344).
Sauschule. Mit 77 Abb. u. 4 Schnittmusterzettel. 120 S. (Nr. 388/90).
Anleitung d. Hauswirtsch. Mit 145 Abb. 120 S. (Nr. 208/10).
Arbeiten aus Seidenstoffen. Mit 9 Abb. 40 S. (Nr. 79).
Schloßarbeiten für den Hausgebrauch. Mit 113 Abb. 80 S. (Nr. 71/2).
Vergleichen für den Hausgebrauch. Mit 42 Abb. 40 S. (Nr. 133).
Die künstliche Brut und Aufzucht. Mit 27 Abb. 40 S. (Nr. 130).

Post-Konservatorium Adlerstrasse 83
2. Schluss - Abend Donnerstag abends 7 1/2 Uhr.
Karten in allen Musikalienhandlungen, sowie im Sekretariat der Anstalt. 5299

Offene Lehrstellen für hier:
ohne Kost und Wohnung.
Mechaniker und Installateur, Buchbinder, Wäschbinder, Elektromechaniker, Fahrradmechaniker, Feilenhauer, Friseur, Galvaniseur, Glaser, Goldschmied, Goldschmied, Kellner (nur von auswärtig), Küfer, Kupferstecher, Maler und Anstreicher, Photographen, Bauhölzer, Schmiede, Schirmmacher, Schuhmacher, Steinbruder, Steinbauer, Tapezier und Polsterer, Tierpräparat, Vergolder für Holz, Buchbinder, sowie Kaufleute für: Buchhandlung, Chemische Fabrik, Eisenerwaren, Farbenfabrik, Gerberei, Lebensmittel (Großhandel), Samenhandlung (Großhandel), Schuhwaren (Großhandel), Technisches Büro, Versicherungen, Verwaltungsbüro, Waren (Großhandel),
mit Kost und Wohnung.
Bäder, Drogerie, Feilenhauer, Feinwer, Küfer, Maler, Bauhölzer, Wagner, Koch

Städt. Arbeitsamt 5226
Bahringergasse 100.
Abteilung für Beschäftigte, Zimmer 2.

Brennholz!
Buchen und Eichenholz, zum Streuen von Kohlen, passend für alle Heizungen, Forsten- und Tannen-Anfeuerholz liefert von 1 Zentner aufwärts fest Haus zu den amtlich festgesetzten Preisen.
Abgabestelle: Verlängerte Ettlingerstraße hinter dem neuen Bahnhof.
S. Herbst & Cie.
Brennholzjägererei u. Spalterei, Bündelholzfabrik — Telefon Nr. 3961 und 3996 — Galteistelle der elektrischen Straßenbahn: Bahnhof.

Daniels Konfektionshaus Karlsruhe, Wilhelmstrasse 34.
Jackenkleider in guter Ware Mk. 114 00
Jackenkleider mit Seidenfutter Mk. 140 00

Die **Schwimmhalle** im städt. Vierordtbad ist bis auf weiteres wieder **geöffnet.** 5292

ALA Chemiefabrik Frankfurt/M.
bester Schuh-Putz
Zentralbüro: Bockenheimer-Lsd. 18
Tel. Janus 1761/62, Hansa 7979.

Jeder Mensch!
Mann od. Frau wer! noch heute kosten! Lieber! m. Prop. 16. Sabandredend. hgg. Art. Standard-Verband, Stuttgart 4.
Chaiselougue neue, zu verkaufen. 5200
Polkerei Köhler Schügenstr. 25.
Zimmer einf. möbl. ert. Leuten, wird bei ruhigen Leuten von einem Kriegsbeschädigten gesucht. Angebote unter Nr. 04 an das Volksfreundbüro erhalten.

100 Mark Belohnung
Wer das am Mittwoch in der Durlacher verweilte Fahrrad mir wieder beschafft. 5211
Fretz, Voelckstr. 48, IV.
Zu verkaufen:
Leinrotes Prinzesskleid, sowie 2 weiße Blusen. Abends von 7 1/2 bis 7 Uhr, C. Stephan, Mühlburg, Durlachstr. 31, S. P. 5202

Standesbuch-Auszüge der Stadt Karlsruhe
Eheanträge. Karl Müller von Wellesweiler, Haushalter hier, mit Maria Döhinger Ww. von Hiltlingen. Heinrich Gebert von Schwaberg, Schneider hier, mit Katharina Jörgen von Eppingen. Karl Bär von Schornbach, Soldat hier, mit Anna Drapp von Singheim. Wilhelm Mayer von hier, Installateur hier, mit Antonia Weber von Sulzbach. Heinrich Frischhorn von Hanau, Kaufm. hier, mit Elia Rinne von Ringenbach. Georg Fleck von hier, Mechaniker hier, mit Sofie Plag von Kirch. P. Beltmanger von Magdeburg, Schlosser hier, mit Elsa Silbernagel von hier. Karl Josef Hugenstimm von Steiten, Kaufmann in Mannheim, mit Käthe Ot von hier. Franz Knopp von Rotenfels, Graveur u. Heraldiker hier, mit Charlotte Wiese von Blauen. Josef Neuhammer von Erlangen, Handelslehrer in Bernsbach, mit Margarete Herrmann von hier. Feder. Holzäpfel von hier, Kaufm. hier, mit Maria Käthe von hier. Adam Kammauff von Eichelbronn, Fabrikarb. hier, mit Marie Ber von Singheim. A. Weder von Darmstadt, Dipl.-Ing. hier, mit Matilde Freund von hier. Ambrosius Döhler von Ringingen, Eisenrech. hier, mit Rosa Kaiser von Lobnauberg.

Gewerkschaftshartell Karlsruhe.
Donnerstag, 31. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Saale der Restauration zum „Goldenen Adler“ Karl Friedrichstraße
Vertreter-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Mittellungen.
2. Die Stilllegung von Betrieben durch Unternehmer betr.
3. Die Freimachung von Arbeitsstellen betr.
4. Vorschläge zur Reform der Rotstandsarbeiten.
5. Stellungnahme zur Gefangenenfürsorge durch die Gewerkschaften.
Um pünktliches Erscheinen sämtlicher Delegierten wird dringend gebeten. 5297
Die Kartell-Kommission.

Oelsardinen
span., portug. und franz. Ge. Lunik.
Kronenhummel in A. Hof. Salm, Exvoten und Tunfisch in Dillensel.
Sardellen, offen und in Gläsern.
Fisch- und Seeische.
Olivendöl Alter Nr. 18 und 22.
Himbeerjast in 1/2 und 1/4 Fl.
Reise-Proviant Kaffee, Tee, Kakao, Pfd. Nr. 13.
Reis, Puddings, Reis, Vanille.
Schweinefleisch Pfd. Nr. 11.
Kondensierte Milch Corned-Beef.
Junge Hühner und Gänser.
Weiß- und Rotweine Schaumweine, Rhäre, Cognac alles markenfrei bei 5295

Hans Riffel Kaiserstr. 150
Telephon 97 und 885.

Nach Einsetzung d. Betrages von 10 M. Porto in Briefmarken erfolgt prompte Zulassung.
(Nachnahme verteuert.)

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Karlsruhe.

Samstag, den 2. August, mittags 2 Uhr, in
der Gewerkschaftszentrale

Versammlung der
Gießereiarbeiter
für den Bezirk Karlsruhe und Durlach.

Tagesordnung:
Aufgaben und Wahl der Branchenleitung.
Um zahlreichen Besuch bittet
Die Ortsverwaltung.

Bekanntmachung.

Infolge der kürzlich stattgefundenen Lohnbewegung
im Transportgewerbe waren die Unternehmer genötigt,
einen ganz bedeutenden Teuerungszuschlag, der sich zwi-
schen 30-40% bewegt, auf die bisherigen Löhne zu ge-
währen.

Hierzu tritt die unerhörte Teuerung aller Futter-
mittel, besonders für Heu und Stroh. Der Preis für
letztere hat eine nahezu fabelhafte Höhe erreicht.

Die Speiteure und Fuhrunternehmer sind nicht in
der Lage, diese enormen Mehrlasten ganz auf sich zu
nehmen, sondern sehen sich gezwungen, um einen teil-
weisen Ausgleich zu schaffen, die bisherigen

Fahrlohn- und Kollgeldsätze

mit sofortiger Wirkung zu erhöhen.
Wir bitten unsere verehrliche Kundschaft, hieron ent-
sprechende Notiz nehmen zu wollen.

Karlsruhe, den 30. Juli 1919.

Verein Karlsruher Speiteure und
Fuhrunternehmer e. V.

Die Kulturverbesserung im Gewann Erlich
oder Loch auf Gemarkung Rühlheim beir.

Der Gemeinderat Rühlheim hat die Genehmigung
zum Einbau je einer Schleuse in der Pfing und in den
Kleinbach unmittelbar vor dessen Einmündung in die
Pfing auf Gemarkung Rühlheim zwecks Bewässerung
des Gewannes Mittel-Erlach beantragt.

Die Beschreibungen, Pläne und Zeichnungen zu die-
sem Unternehmen liegen während 2 Wochen von dem
Tage dieser Veröffentlichung ab auf dem Rathaus in
Rühlheim zur Einsicht auf.

Während dieser Frist von 2 Wochen sind etwaige
Einwendungen gegen das Unternehmen bei dem Ge-
richtsamt Karlsruhe oder dem Gemeinderat Rühlheim
anzubringen, widrigenfalls die nicht auf privatrecht-
lichen Titeln beruhenden Einwendungen als aus-
geschlossen gelten; hierbei wird besonders darauf hinge-
wiesen, daß die vor Inkrafttreten des Gesetzes vom
8. April 1913 kraft besonderer privatrechtlicher Titel an
den öffentlichen Gewässern oder natürlichen nicht
öffentlichen Wasserläufen begründeten Rechte nunmehr
als dem öffentlichen Recht angehörige Nutzungsrechte
zu betrachten sind (§ 113 Satz 2 des Gesetzes), und daß
daher auf solche Rechte sich stützende Einwendungen,
falls sie innerhalb der festgesetzten Frist nicht vorgebracht
werden, ebenfalls als ausgeschlossen gelten.

Karlsruhe, den 25. Juli 1919.

O. 3. 218. Bezirksamt.

Bekanntmachung.

Die Kriegsunterstützungen für die 1. Hälfte des
Monats August 1919 werden nach Maßgabe der Num-
mern der Unterstützungsausweise in folgender Weise
ausbezahlt:

Freitag, 1. August 1919 die Nummern 1 bis mit 5000
Samstag, 2. 1919 5001 - 10000
Montag, 4. 1919 10001 - 13000
Dienstag, 5. 1919 13001 - Schluß

Die Auszahlung wird in den Geschäftsräumen
des Kriegsunterstützungsamts Birkel 40/42, 3. Stock,
Zimmer Nr. 10, jeweils von vorm. 8^{1/2} bis 12^{1/2}
Uhr mittags vorgenommen.

Nach einer Anordnung des Reichsministeriums
dürfen Familienunterstützungen nur noch dann
weiter bezahlt werden, wenn die Militärbehörden
Zahlungszuschüsse für die Familien von Geeres-
angehörigen nicht gewähren.

Karlsruhe, den 29. Juli 1919. 5296
Das Vizebürgermeisteramt.

Weißer Käse.

Verkauf von weichem Käse Donnerstag, den
31. Juli bis Samstag, den 2. August 1919, in
den Fettverkaufsstellen Nr. 27 und 28 einschließlich an
die dort eingetragene Kundschaft gegen die Warenmarke
J Nr. 117. Stoffmenge 1/4 Pfund. Preis M. 1.20 für
das Pfund.

Karlsruhe, den 30. Juli 1919. 5286
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Daniels Konfektionshaus

Telephon 1846 Wilhelmstr. 34.
Weisse Blusen etwas an- 13.75 an
getrübt M. 13.75 an
Farb. Blusen mit kleinen 16.75 an
Webfehl. M. 16.75 an
Seiden-Blusen M. 34.75 an
Seiden-Facken M. 95.— an

Städtisches Konzerthaus.

Donnerstag, den 31. Juli 1919. 5304

Die Landstroicher.

Operette in zwei Akten und einem Vorspiel von
Krenn und Lindau. Musik von C. M. Ziehrer.

Anfang 1/8 Uhr. Ende nach 10 Uhr.

COLOSSEUM

Gastspiel Blatzheim

Heute zum letzten Male

„Familie Mannemann“

Ab Freitag, 1. August, die letzten 3 Tage
— vielseitigen Wünschen entsprechend — 5298

„Die schwebende Jungfrau“

Samstag, den 2. August, Ehrenabend für Herrn Direktor Blatzheim.
Vorverkauf vormittags von 10 bis 12 Uhr an der Colosseumskasse.

Ab Montag, den 4. August, bleibt das Colosseum geschlossen.

Aufruf!

Die Mätker unserer jetzt noch in Feindesland zurück-
gehaltenen Kriegsgefangenen steht unmittelbar bevor.
Schon seit einer Reihe von Wochen sind die Rote Kreuz-
Organisationen des Landes mit den Kommandanturen
der Durchgangslager und Abnahmestationen an der
Arbeit, um den Empfang der Heimkehrenden und ihren
Aufenthalt in den Durchgangslagern in würdiger Weise
durchzuführen zu können. Es fehlt jedoch an

Flaggen und an Wandschmuck

jeder Art. Wir wenden uns daher an die Öffentlichkeit
mit der herzlichen Bitte, Fahnenstücke in schwarz-weiß-rot,
gelb-rot, Fahnenstücke und Wandschmuck uns freundlichst
zuwenden zu wollen. Es finden sich gewiß in jedem
Haushalt, in jeder Gerümpelkammer Abgängiges, das
zur Ausschmückung der Lagerbaraden beitragen kann.

Wir bitten um Ablieferung an den **Bad. Landes-
verein, Stefanienstr. 74/76** — Hauptkassensstelle —.
Für auswärtige Sendungen wollen Freifrachbriefe
bei uns angefordert werden. 5309

Der Vorsitzende der Depot-Abteilung:
Dr. Stroebe.

Samstag 5 1/2 Uhr K.F.V. Sportplatz
Berolina gegen K.F.V.
Tribüne 4.—, Sitzplatz 3.—, I. Platz 2.—, II. Platz 1.—, Schüler —.50
8 1/2 Uhr Bankett zu Ehren der Gäste im Moninger (Konkordiasaal)

Existenz für Handwerker, auch als Nebenberuf durch Neben-
nahme einer kleinen Versandstelle. Von der Privat-
wohnung ausführbar, daher auch für Damen geeignet.
Zur Nebenberufnahme sind 800-700 M. nötig. Offerten
unter Nr. 5301 an das Volksfreundbüro erbeten.
Prima Schweizer Obst-Wein in unseren sämtlichen
Verkaufsstellen zu haben.
Lebensbedürfnisverein.

Frisch gewässerte Stockfische per Pfund 1 Mark — solange Vorrat — empfiehlt Carl Pfaffler, Erbprinzenstraße 23, Telefon 1415.

Todes-Anzeige. Tieftrauernd geben wir Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nach-
richt von dem unerwartet schnellen Hin-
scheiden meines lieben Gatten, des treu-
besorgten Vaters, Bruders und Onkels
Franz Deef Blechner
im Alter von 58 Jahren.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Frau Christine Deef, geb. Enghofer.
Karlsruhe, den 30. Juli 1919.
Die Beerdigung findet Freitag, den
1. August, nachmittags 2 Uhr, von der Fried-
hofkapelle aus statt. 5294

Sozialdemokr. Verein Karlsruhe. Todes-Anzeige.
Wir setzen hiermit unsere Mitglieder von
dem Ableben unseres treuen Genossen
Franz Deef Blechner
geziemend in Kenntnis. 5318
Die Beerdigung findet am Freitag mittags
2 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt und
erfolgen um zahlreiche Beteiligung.
Der Vorstand.

Freie Turnerschaft Karlsruhe. Todes-Anzeige.
Wir setzen hiermit unsere Mitglieder von
dem Ableben unseres langjährigen Turn-
genossen
Franz Deef Blechner
in Kenntnis.
Die Beerdigung findet am Freitag,
mittags 2 Uhr, von der Friedhofkapelle aus
statt und wird um zahlreiche Beteiligung
unserer Mitglieder gebeten.
Der Turnrat.

Sängerbund Vorwärts Karlsruhe. Todes-Anzeige.
Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht,
unser Mitglieder von dem unerwartet
raschen Ableben unseres langjährigen treuen
Mitgliedes
Franz Deef Blechner
geziemend in Kenntnis zu setzen. 5301
Die Beerdigung findet Freitag nach-
mittags 2 Uhr statt, wozu wir unsere verehr-
lichen Mitglieder mit dem Vermerk einladen, daß
sich die Sänger um 1/2 Uhr an der Friedhof-
kapelle sammeln.
Der Vorstand.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde“ Ortsgruppe Karlsruhe. Todes-Anzeige.
Wesern verschied unerwartet unser lang-
jähriges Mitglied
Franz Deef
Die Beerdigung findet Freitag, 1. August,
nachmittags 2 Uhr, von der Friedhofkapelle
aus statt. 5306
Wir bitten unsere verehr. Mitglieder um
zahlreiche Beteiligung.
Die Ortsgruppenleitung.